

Vorbericht

Haushalt 2010



Gemäß § 6 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wird mit dem Vorbericht ein Überblick über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr unter Einbeziehung der beiden Haushaltsvorjahre gegeben. Die durch den Haushalt gesetzten Rahmenbedingungen werden erläutert. Ferner gibt der Vorbericht einen Ausblick auf wesentliche Veränderungen der Planung.

Rückblick auf die Finanzlage des abgelaufenen Haushaltsjahres 2008

In seiner Sitzung am 12.02.2008 hat der Kreistag die Haushaltssatzung 2008 mit ihren Bestandteilen und Anlagen beschlossen. Am 14.04.2008 wurde die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt. Die Haushaltssatzung wies einen Fehlbetrag in Höhe von 12.114.631 € aus.

Wegen des hohen Fehlbetrages hatte die Aufsichtsbehörde ihre Genehmigung mit Auflagen und Bedingungen verbunden. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte am 07.05.2008.

In der Haushaltssatzung wurden für das **Haushaltsjahr 2008** folgende Festsetzungen getroffen:

Ergebnishaushalt:

Gesamtbetrag der Erträge	auf	101.014.494 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	auf	<u>113.129.125 €</u>
der Jahresfehlbetrag	auf	-12.114.631 €

Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen	auf	98.315.838 €
die ordentlichen Auszahlungen	auf	<u>106.664.124 €</u>

der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen **auf** **-8.348.286 €**

die außerordentlichen Einzahlungen	auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen	auf	<u>0 €</u>

der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen **auf** **0 €**

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	3.236.060 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	<u>7.525.135 €</u>

der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit **auf** **-4.289.075 €**

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	14.697.181 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	<u>2.059.820 €</u>

der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit **auf** **12.637.361 €**

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	auf	116.249.079 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	auf	<u>116.249.079 €</u>
die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr	auf	0 €



Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, die zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich sind, ist festgesetzt

zinslose Kredite	auf	0 €
verzinsliche Kredite	auf	4.247.425 €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die in künftigen Jahren zu Auszahlungen für Investitionen und von Investitionsfördermaßnahmen führen können, ist festgesetzt auf:

1.737.100 €

Das Umlagesoll aus der Kreisumlage beträgt:

- für das laufende Haushaltsjahr	35.254.400 €
- für das vorangegangene Haushaltsjahr	31.682.046 €

Jahresrechnung 2008

Die Jahresrechnung 2008 konnte trotz erheblicher Schwierigkeiten in der Klärung von Differenzen zwischen Aktiva und Passiva Ende November 2009 aufgestellt werden.

Sie wird nun mit den vorgeschriebenen Anlagen dem Rechnungsprüfungsamt und dem Rechnungsprüfungsausschuss zugeleitet.

Im Abschluss reduziert sich der Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung um 5,746 Mio. € gegenüber der Planung.

Der Finanzmittelfehlbetrag der Finanzrechnung reduziert sich ebenfalls um 9,536 Mio. € gegenüber der Planung.

Bei Verrechnung der Kapitalrücklage mit dem Jahresfehlbetrag beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2008 das Eigenkapital -3.365.652,56 €.

Insgesamt schließt das Planjahr 2008 wesentlich günstiger ab als veranschlagt.

Allerdings ist ein erheblicher Teil der Mehrerträge und Wenigeraufwendungen bzw. Mehreinnahmen und Minderausgaben auf Einmaleffekte zurückzuführen, die in den Besonderheiten bei Einführung der Doppik begründet liegen.



Die Veränderungen der Teilergebnisrechnungen vor der internen Leistungsverrechnung stellen sich wie folgt dar:

TEILHAUSHALT	Plan	Jahresergebnis <i>vorläufig</i>	Verbesserung	Verschlechterung
Teilhaushalt 10	-1.124.705	-1.156.712,63		32.007,63
Teilhaushalt 11	-1.663.287	-1.446.447,02	216.839,98	
Teilhaushalt 12	-633.445	-566.006,79	67.438,21	
Teilhaushalt 13	-681.400	-710.807,90		29.407,90
Teilhaushalt 15	-346.349	-309.495,61	36.853,39	
Teilhaushalt 20	-342.625	-359.798,30		17.173,30
Teilhaushalt 21	-8.323.394	-6.764.519,67	1.558.874,33	
Teilhaushalt 22	-985.392	-811.690,77	173.701,23	
Teilhaushalt 23	559.545	432.556,06		126.988,94
Teilhaushalt 30	-615.622	-778.914,70		163.292,70
Teilhaushalt 31	-325.632	-298.880,50	26751,50	
Teilhaushalt 32	568.759	528.706,76		40.052,24
Teilhaushalt 40	-22.862.536	-20.529.859,09	2.332.676,91	
Teilhaushalt 41	-807.424	-938.906,67		131.482,67
Teilhaushalt 50	-16.618.472	-17.821.047,46		1.202.575,46
Teilhaushalt 51	-619.144	-205.194,43	413.949,57	
Teilhaushalt 60	-1.564.176	-1.434.416,90	129.759,10	
Teilhaushalt 61	-975.090	-853.961,15	121.128,85	
Teilhaushalt 62	-425.699	-298.242,95	127.456,05	
Teilhaushalt 70	-543.736	-541.740,48	1.995,52	
Teilhaushalt 71	510.448	613.228,60	102.780,60	
Teilhaushalt 72	-233.497	-259.254,35		25.757,35
Teilhaushalt 80	267.203	235.907,47		31.295,53
Teilhaushalt 90	-531.368	-402.269,39	129.098,61	
Teilhaushalt 99	46.202.407	48.309.942,54	2.107.535,54	
	-12.114.631	-6.367.825,33	7.546.839,39	1.800.033,72



Ergebnisrechnung

Der Jahresfehlbetrag reduziert sich um 5.746.805,67 € gegenüber der Planung.

Die Ursachen hierfür liegen einerseits in einer Erhöhung der laufenden Erträge.

Diese erhöhen sich um 2,75 Mio. € insbesondere wegen um 1,13 Mio. € erhöhter Abschreibungen der Sonderposten aus Zuwendungen. Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 waren noch nicht alle Zuwendungen in der Anlagenbuchhaltung erfasst, deshalb war die Ermittlung der Abschreibungsbeträge zu niedrig.

Außerdem liegen die Ersätze bei den sozialen Leistungen um 1,04 Mio. € höher, als veranschlagt.

Da der Überschuss im Erfolgsplan des AWB im Haushaltsplan 2008 nicht veranschlagt war führt dies einerseits zu einer erfolgswirksamen Auflösung der Rückstellung für den Verlustausgleich des AWB in der Eröffnungsbilanz in Höhe von 0,64 Mio. € und - gemäß der Spiegelbildmethode zur Bilanzierung der Beteiligungen an Eigenbetrieben - zu sonstigen Finanzerträgen (Ziffer 21 der Ergebnisrechnung) in Höhe von 1,007 Mio. €.

Gleichzeitig vermindern sich die laufenden Aufwendungen um 0,3 Mio. €.

Hierbei vermindern sich die Aufwendungen für den Bauunterhalt um 1,13 Mio. €.

Die Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhen sich um 1,23 Mio. €, da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanes 2008 noch nicht alle Vermögensgegenstände in der Anlagenbuchhaltung erfasst waren. Deshalb konnten die Abschreibungsbeträge - insbesondere für die gewährten Investitionszuschüsse - nur überschlägig ermittelt werden.

Weiterhin fielen die Aufwendungen der sozialen Sicherung um 0,41 Mio. € niedriger aus als geplant.

Die Zins und sonstigen Finanzaufwendungen vermindern sich um 0,35 Mio. € wobei dies auf die verminderte Kreditaufnahme für Investitionskredite und das insgesamt niedrigere Zinsniveau für Kassenkredite zurückzuführen ist.

Das außerordentliche Ergebnis weist einen Überschuss von 0,992 Mio. € aus weil die Übertragung der Goldbergschule von der Stadt Osthofen einen nicht veranschlagten Ertrag von 1,76 Mio. € erbringt, dem nur ein zu passivierender Aufwand für die mit übertragene Landeszuwendung in Höhe von 0,77 Mio. € gegenübersteht.



Bei den Personalaufwendungen und –auszahlungen war einer der Hauptgründe für die Verschlechterung des Ergebnisses die am 31. März 2008 geschlossene Tarifeinigung zwischen den kommunalen Arbeitgebern und den Tarifpartnern. Diese ist ausschlaggebend für die Steigerung der Personalaufwendungen in Höhe von 300 T. €. Im Einzelnen umfasste diese im ersten Schritt eine Anhebung aller Stufenbeträge um einen Sockelbetrag von 50 €, zusätzlich eine rückwirkende prozentuale Steigerung der Stufenentgelte ab 01.01.2008 um 3,1 %.

Die Tariferhöhungen wirken sich sowohl auf den Ergebnishaushalt als auch auf den Finanzhaushalt aus.

Lediglich eine ergebniswirksame Auswirkung hat die Nachberechnung der Entnahme aus der Pensionsrückstellung.

Der veranschlagte Ertrag vermindert sich um	145.300 €.
Beide Positionen zusammen haben auf den Ergebnishaushalt eine negative Auswirkung von insgesamt (300.000 € +145.300 €)	-445.300 €.
Der Finanzhaushalt ist nur von der Tariferhöhung betroffen, das sind	-300.000 €.

Des Weiteren wird im Monat Januar 2009 eine weitere prozentuale Steigerung in Höhe von 2,8 % zum 01.01.2009, plus Einmalzahlungen in Höhe von 225,- EUR die Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2009 belasten. Auch wurde von der Landesregierung zugesagt, die entsprechenden Abschlüsse für die Beschäftigten im Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder deckungsgleich auf die Beamten im kommunalen Bereich zu übertragen.

Als Konsequenz daraus ergibt sich, dass in den einzelnen Teilhaushalten die Positionen der Personalaufwendungen entsprechend ansteigen. Insbesondere in personalintensiven Teilhaushalten wie z. B. Teilhaushalt 21 - Schule, Sport, Kultur beträgt die Steigerung der Personalaufwendungen auf Grund des Tarifabschlusses 57.719 € im Vergleich zum Planansatz. Hier wirkt sich zudem noch die Einstellung der erforderlichen Hilfskräfte für die bereits zum Schuljahresbeginn 2008/2009 provisorisch eingerichtete Mensa bei der Realschule Osthofen aus. Auch im Bereich des Jugendamtes sind die Personalaufwendungen um insgesamt 39.175 € erhöht.

Die Soziale Sicherung ist zum wiederholten Male, wie schon seit mehreren Jahren, von erheblichen Haushaltsabweichungen betroffen.

So sind in den Teilhaushalten 40 und 41 des Sozialamtes durch die nicht periodengerechte Veranschlagung deutliche Ergebnisverbesserungen eingetreten.



Zusätzlich wirkt sich ein leichter Rückgang der Bedarfsgemeinschaften bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende mit 357 T€ günstig aus (Bedarfsgemeinschaften Januar 2008 = 2.855, Juni 2008 = 2.809).

Insgesamt ergeben sich im Sozialhilfebereich aus Mehreinnahmen von	1.478.000 €
und Mehrausgaben von	<u>543.000 €</u>
Ergebnisverbesserungen von	935.000 €.

Ungünstiger stellt sich die Jugendhilfe dar.

Die Mehraufwendungen im Teilhaushalt 50 -Jugend und Familie- betreffen hauptsächlich das Produkt 3633 -Hilfe zur Erziehung-, diese saldieren sich gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung zu Mehraufwendungen von 900.500,- €.

Seit dem Jahr 2000 ist ein kontinuierlicher Anstieg bei den Hilfen zur Erziehung zu verzeichnen. Dies betrifft sowohl die ambulanten als auch die stationären Angebote. Ausgehend vom Stichtag 31.12.2007 bis 01.08.2008 liegt die Steigerung bei ca. 10 % (40 Fälle).

Als Gründe zu nennen sind die sozialstrukturellen Belastungsfaktoren, die stetig ansteigenden komplexeren Anforderungen an Familie und andere. Eigens zu nennen ist die Steigerung der Fallzahlen durch die anhaltende Kinderschutzdiskussion. Wie zu erwarten war, hat sich durch die verstärkte Sensibilisierung in der Bevölkerung das Anzeigeverhalten und dadurch auch teilweise die Generierung von neuen Fällen wesentlich erhöht. Wie durch die Jugendhilfeplanung des Landkreises prognostiziert, ist vor 2010 ein Rückgang der Fallzahlen nicht zu erwarten.

Weitere Mehraufwendungen in Höhe von 170.000 € stehen an für Zuschüsse an Tagespflegestellen aufgrund verstärkter Nachfrage nach Betreuungsstellen für Kinder.



Die Veränderungen der Teilfinanzrechnungen ohne Investitionen stellen sich wie folgt dar:

	Plan	Jahresergebnis vorläufig	Verbesserung	Verschlechterung
Teilhaushalt 10	-1.030.346	-1.028.722,62	1.623,38	
Teilhaushalt 11	-1.540.033	-1.329.719,15	210.313,85	
Teilhaushalt 12	-709.612	-645.306,31	64.305,69	
Teilhaushalt 13	-662.539	-685.204,37		22.665,37
Teilhaushalt 15	-279.809	-236.788,60	43.020,40	
Teilhaushalt 20	-299.582	-309.841,35		10.259,35
Teilhaushalt 21	-6.430.475	-5.814.201,58	616.273,42	
Teilhaushalt 22	-966.899	-746.918,30	219.980,70	
Teilhaushalt 23	567.241	437.877,78		129.363,22
Teilhaushalt 30	-442.151	-455.325,98		13.174,98
Teilhaushalt 31	-307.338	-272.416,34	34.921,66	
Teilhaushalt 32	593.718	564.594,95		29.123,05
Teilhaushalt 40	-22.625.356	-17.652.174,27	4.973.181,73	
Teilhaushalt 41	-804.148	-725.908,02	78.239,98	
Teilhaushalt 50	-16.248.630	-17.624.709,06		1.376.079,06
Teilhaushalt 51	-608.179	-554.890,20	53.288,80	
Teilhaushalt 60	-786.856	-314.721,80	472.134,20	
Teilhaushalt 61	-843.271	-725.101,51	118.169,49	
Teilhaushalt 62	-311.922	-173.968,11	137.953,89	
Teilhaushalt 70	-478.511	-464.126,63	14.384,37	
Teilhaushalt 71	582.248	700.045,99	117.797,99	
Teilhaushalt 72	-128.036	-150.866,38		22830,38
Teilhaushalt 80	321.078	260.250,77		60.827,23
Teilhaushalt 90	-457.641	-401.681,75	55.959,25	
Teilhaushalt 99	45.548.763	46.533.942,81	985.179,81	
	-8.348.286	-1.815.880,03	8.196.728,61	1.664.322,64



Die Veränderungen der Ergebnisse für Investitionen in den Teilfinanzhaushalten stellen sich wie folgt dar.

	Plan	Jahresergebnis vorläufig	Verbesserung	Verschlechterung
Teilhaushalt 10	0	904,55	904,55	
Teilhaushalt 11	-117.600	-51.984,93	65.615,07	
Teilhaushalt 12	0	6.003,47	6.003,47	
Teilhaushalt 13	0	0	0	
Teilhaushalt 15	0	0	0	
Teilhaushalt 20	0	0	0	
Teilhaushalt 21	-2.771.090	112.449,26	2.883.539,26	
Teilhaushalt 22	0	0	0	
Teilhaushalt 23	0	0	0	
Teilhaushalt 30	-526.000	-515.886,39	10.113,61	
Teilhaushalt 31	0	0	0	
Teilhaushalt 32	0	0	0	
Teilhaushalt 40	0	0	0	
Teilhaushalt 41	0	0	0	
Teilhaushalt 50	-171.485	-151.936,58	19.548,42	
Teilhaushalt 51	0	0	0	
Teilhaushalt 60	-659.750	-567.754,29	91.995,71	
Teilhaushalt 61	0	8.366,27	8.366,27	
Teilhaushalt 62	-1.500	73,00	1.573,00	
Teilhaushalt 70	0	0	0	
Teilhaushalt 71	0	952,22	952,22	
Teilhaushalt 72	0	0	0	
Teilhaushalt 80	0	0	0	
Teilhaushalt 90	-41.650	-126.154,77		84.504,77
Teilhaushalt 99	0	0		
	-4.289.075,00	-1.284.968,19	3.088.611,58	84.504,77



Finanzrechnung

Der Finanzmittelfehlbetrag reduziert sich um 9,533 Mio. € gegenüber der Planung.

Die Ursachen hierfür liegen einerseits in einer Erhöhung laufender Einzahlungen um 1,279 Mio. €.

Die insbesondere wegen um insgesamt 0,995 Mio. € erhöhter Einzahlungen bei den sozialen Leistungen und um 0,61 Mio. erhöhter Kostenerstattung vom Abfallwirtschaftstrieb für die Pensions- und Beihilferückstellungen der vergangenen Jahre. Bei der Kostenerstattung handelt es sich jedoch nur um einen Einmaleffekt auf Grund der Einführung der Doppik.

Die laufenden Auszahlungen vermindern sich um 4,896 Mio. €.

Hierbei vermindern sich die Auszahlungen für den Bauunterhalt entsprechend der Reduzierung in der Ergebnisrechnung um 1,15 Mio. €. Die Auszahlungen für die Schülerbeförderung vermindern sich um 0,14 Mio. €; die Auszahlungen für Kostenerstattungen an das Land um 0,31 Mio. €. Außerdem fielen die Auszahlungen der sozialen Sicherung um 3,23 Mio. € erheblich niedriger aus als veranschlagt, da bei Hilfearten mit rückwirkender Auszahlung wegen des Kassenwirkungsprinzips nur 11 Monate im Jahr 2008 ausgezahlt wurden. Demgegenüber sind in der Ergebnisrechnung 12 Monate enthalten, da für den Dezember 2008 antizipative Posten gebildet wurden. Auch hierbei handelt es sich allerdings um einen Einmaleffekt auf Grund der Einführung der Doppik und der hierbei wirkenden unterschiedlichen Rechnungsabgrenzung in der Ergebnis- und der Finanzrechnung.

Bei den Personalauszahlungen fielen 63 Td. € Mehrauszahlungen an, da wegen des Kassenwirkungsprinzips 13 Auszahlungen für die Beamtengehälter (Januar 2009 im Dezember 2008) in der Finanzrechnung enthalten sind.

Die Zins und sonstigen Finanzauszahlungen vermindern sich um 0,29 Mio. € wobei dies auf die verminderte Kreditaufnahme für Investitionskredite und das insgesamt niedrigere Zinsniveau für Kassenkredite zurückzuführen ist.

Der Saldo der Ein- Und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verbessert sich um 3,0 Mio. € wobei die Einzahlungen aus Investitionszuwendungen um 0,42 Mio. € niedriger ausfallen. Die Auszahlungen für Investitionen wurden jedoch um 3,4 Mio. € niedriger als veranschlagt verausgabt. Ursache ist dass Investitionen mit Ansätzen statt mit Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt wurden und geplante Maßnahmen in das Jahr 2009 verschoben wurden.



Darstellung der Finanzlage des laufenden Haushaltsjahres 2009

In seiner Sitzung am 16.12.2008 hat der Kreistag die Haushaltssatzung 2009 mit ihren Bestandteilen und Anlagen beschlossen. Am 16.02.2009 wurde die aufsichtsbehördliche Genehmigung erteilt. Die Haushaltssatzung wies einen Fehlbetrag in Höhe von 11.260.023 € aus.

In der Haushaltssatzung wurden für das **Haushaltsjahr 2009** folgende Festsetzungen getroffen:

Ergebnishaushalt:

Gesamtbetrag der Erträge	auf	110.437.714 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	auf	<u>121.697.737 €</u>
der Jahresfehlbetrag	auf	-11.260.023 €

Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen	auf	108.072.702 €
die ordentlichen Auszahlungen	auf	<u>113.886.921 €</u>
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	auf	-5.814.219 €

die außerordentlichen Einzahlungen	auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen	auf	<u>0 €</u>
der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	auf	0 €

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	2.909.918 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	<u>7.500.868 €</u>
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	-4.590.950 €

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	12.611.659 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	<u>2.206.490 €</u>
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		10.405.169 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	auf	123.594.279 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	auf	<u>123.594.279 €</u>
die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr	auf	0 €

Das Defizit des Ergebnishaushaltes vermindert sich damit gegenüber dem Haushaltsplan 2008 um 854.608 €.

Das Defizit im Finanzhaushalt vermindert sich um 2.534.067 €



Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, die zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich sind, ist festgesetzt

zinslose Kredite	auf	0 €
verzinsliche Kredite	auf	4.590.950 €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die in künftigen Jahren zu Auszahlungen für Investitionen und von Investitionsfördermaßnahmen führen können, ist festgesetzt auf: 922.000 €

Der Hebesatz für die Kreisumlage ist in gleicher Höhe vorgesehen wie 2008. Er beträgt 39,7 v. H. der Umlagegrundlagen.

Das Umlagesoll aus der Kreisumlage beträgt:

- für das laufende Haushaltsjahr	38.338.000 €
- für das vorangegangene Haushaltsjahr	35.254.400 €

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die aufgrund der Defizite der letzten Jahre und des in 2009 zu erwarteten Fehlbetrages erforderlich werden, wird für das Haushaltsjahr 2009 auf 75.000.000 € festgesetzt und damit gegenüber 2008 um 9 Mio. erhöht.

Die übrigen Festsetzungen der Haushaltssatzung bleiben gegenüber 2008 unverändert.



Die Ansätze für das Planjahr 2009 wiesen im Vergleich zum Haushaltsplan 2008 folgende Änderungen auf:

Ergebnishaushalt	2008	2009	Veränderung	
Erträge	101.014.494 €	110.437.714 €	9.423.220 €	= 9,33 %
Aufwendungen	113.129.125 €	121.697.737 €	8.568.612 €	= 7,57 %
Fehlbetrag	-12.114.631 €	-11.260.023 €	854.608 €	= -7,05 %
Finanzhaushalt				
Finanzhaushalt	2008	2009	Veränderung	
Ordentl. Einzahlungen	98.315.838 €	108.072.702 €	9.756.864 €	= 9,92 %
Ordentl. Auszahlungen	106.664.124 €	113.886.921 €	7.222.797 €	= 6,77 %
Fehlbetrag	-8.348.286 €	-5.814.219 €	2.534.067 €	= -30,35 %
Einzahl. aus Investitionen	3.236.060 €	2.909.918 €	-326.142 €	-10,08%
Auszahl. aus Investitionen	7.525.135 €	7.500.868 €	-24.267 €	-0,32 %
Saldo Investitionen	-4.289.075 €	-4.590.950 €	-301.875 €	7,04%
Einzahl. aus Finanzierungen	14.697.181 €	12.611.659 €	-2.085.522 €	-14,19 %
Auszahl. aus Finanzierungen	2.059.820 €	2.206.490 €	146.670 €	7,12 %
Saldo Finanzierungen	12.637.361 €	10.405.169 €	-2.232.192 €	-17,66 %
Summe Einzahlungen	116.249.079 €	123.594.279 €	7.345.200 €	6,32 %
Summe Auszahlungen	116.249.079 €	123.594.279 €	7.345.200 €	6,32 %

Ergebnishaushalt

Saldo der Teilhaushalte 2009, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2008

Teil- haus- halt	Ansätze 2009 vor internen Verrechnungen		ordentli- ches Er- gebnis 2009	ordentliches Ergebnis 2008	Vergleich 2008/2009 mehr/- weniger
	Erträge	Aufwendun- gen			
10	317.990	-1.527.888	-1.209.898	-1.124.705	85.193
11	44.320	-1.736.727	-1.692.407	-1.663.287	29.120
12	30.502	-702.520	-672.018	-633.445	38.573
13	75.710	-728.894	-653.184	-681.400	-28.216
15	3.275	-299.645	-296.370	-346.349	-49.979
20	44.635	-434.370	-389.735	-342.625	47.110
21	1.839.446	-11.323.889	-9.484.443	-8.323.394	1.161.049
22	3.731.595	-4.650.817	-919.222	-985.392	-66.170
23	847.290	-231.387	615.903	559.545	56.358
30	106.769	-935.535	-828.766	-615.622	213.144
31	82.500	-418.741	-336.241	-325.632	10.609
32	1.444.915	-909.623	535.292	568.759	-33.467
40	21.746.500	-43.846.554	-22.100.054	-22.862.536	-762.482
41	2.029.010	-3.035.110	-1.006.100	-807.424	198.676
50	12.288.026	-30.720.335	-18.432.309	-16.618.472	1.813.837
51	1.351.510	-1.998.557	-647.047	-619.144	27.903
60	2.937.426	-4.593.472	-1.656.046	-1.564.176	91.870
61	71.834	-1.163.907	-1.092.073	-975.090	116.983
62	167.966	-654.692	-486.726	-425.699	61.027
70	230.248	-823.307	-593.059	-543.736	49.323
71	2.116.735	-1.608.266	508.469	510.448	1.979
72	3.090	-259.951	-256.861	-233.497	23.364
80	0	-31.656	-31.656	267.203	298.859
90	1.283.240	-1.717.394	-434.154	-531.368	-97.214
99	57.643.182	-7.344.500	50.298.682	46.202.407	4.096.275
	110.437.714	-121.697.737	-11.260.023	-12.114.631	-854.608



Finanzhaushalt (ohne Investitionen)

Saldo der Teilhaushalte 2009, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2008

Teil- haus- halt	Ansätze 2009 vor internen Verrechnungen		ordentliches Ergebnis 2009	ordentliches Ergebnis 2008	Vergleich 2008/2009 mehr/- weniger
	Einzahlungen	Auszahlungen			
10	296.100	-1.353.360	-1.057.260	-1.030.346	26.914
11	30.660	-1.628.697	-1.598.037	-1.540.033	58.004
12	25.765	-784.701	-758.936	-709.612	49.324
13	60.000	-669.493	-609.493	-662.539	-53.046
15	0	-212.437	-212.437	-279.809	-67.372
20	30.000	-356.842	-326.842	-299.582	27.260
21	866.001	-8.491.341	-7.625.340	-6.430.475	1.194.865
22	3.731.000	-4.639.795	-908.795	-966.899	-58.104
23	843.000	-214.992	628.008	567.241	60.767
30	72.950	-560.008	-487.058	-442.151	44.907
31	73.500	-364.548	-291.048	-307.338	-16.290
32	1.429.000	-863.849	565.151	593.718	-28.567
40	22.975.500	-43.736.107	-20.760.607	-22.625.356	-1.864.749
41	2.025.000	-2.836.060	-811.060	-804.148	6.912
50	12.252.935	-30.263.770	-18.010.835	-16.248.630	1.762.205
51	1.344.000	-1.958.010	-614.010	-608.179	5.831
60	1.263.600	-2.116.557	-852.957	-786.856	66.101
61	19.500	-987.000	-967.500	-843.271	124.229
62	74.515	-446.574	-372.059	9.156	381.215
70	222.200	-726.532	-504.332	-478.511	25.821
71	2.097.820	-1.496.365	601.455	582.248	19.207
72	0	-147.586	-147.586	-128.036	19.550
80	0	0	0	0	0
90	1.270.900	-1.687.797	-416.897	-457.641	-40.744
99	57.068.756	-7.344.500	49.724.256	45.548.763	4.175.493
	108.072.702	-113.886.921	-5.814.219	-8.348.286	-2.534.067



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

Das Ergebnis des Finanzhaushaltes unterscheidet sich vom Ergebnishaushalt um 5.445.804 €.

Ursache sind die nachfolgend dargestellten Positionen, die nicht in beiden Haushalten abgebildet werden:

Erträge/ Einzahlungen	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Differenz
Pos. 2			
ertragswirksame Auflösung von Sonderposten	3.020.667 €	0 €	3.020.667 €
Gegenbuchung für die Ver- anschlagung der staatl. Beamten	342.345 €	0 €	342.345 €
Pos. 3			
Abweichung wegen perio- dengerechter Veranschlagung der Kostenerstattungen vom Land	0 €	-1.248.000 €	-1.248.000 €
Pos. 9			
Auflösung der Rückstel- lungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub und Überstunden	250.000 €	0 €	250.000 €
Summen	3.613.012 €	-1.248.000 €	2.365.012 €
Aufwendungen/ Auszahlungen	Ergebnishaushalt	Finanzhaushalt	Differenz
Pos. 11			
Aufwendungen für die Bildung von Rückstel- lungen	-1.484.289 €	0 €	-1.484.289 €
Pos. 12			
Erträge aus der Auflösung Versorgungsrück- stellungen	200.825 €	0 €	200.825 €
Pos. 14			
Abschreibungen	-6.527.352 €	0 €	-6.527.352 €
Summen	-7.810.816 €	0 €	-7.810.816 €



Aus dem Zwischenabschluss vom 30.06.2009 ergeben sich für die Haushaltswirtschaft 2009 voraussichtlich folgende Abweichungen gegenüber der Planung:

Teilhaushalt 11

Für Investitionen werden 86 T€ weniger im Finanzplan benötigt, da die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems für das Bauamt und die Kreiskasse auf Grund der Einführung eines landeseinheitlichen DMS zurückgestellt wird.

Im Ergebnisplan werden voraussichtlich 59 T€ weniger benötigt. Gründe sind die Verschiebung der Installation und Schulung für das DMS, Reduzierung des Ansatzes für Porto wegen niedrigerem Bedarf und die Digitalisierung der Bebaungspläne der Vg's über den Rahmenvertrag mit dem Land;

Außerdem konnte die Digitalisierung der Bestandspläne eigener Gebäude noch nicht beauftragt werden. Damit ist die Abwicklung in 2009 nur in Teilbereichen terminlich umsetzbar.

Teilhaushalt 21

Bereits in der Planung 2009 wurde für den Teilhaushalt 21 – Schulen, Sport, Kultur ein gestiegenes Defizit veranschlagt. Dieses ist hauptsächlich verursacht durch höhere Sachkosten für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der kreiseigenen Schulen. Dem Schuletat sind nämlich nicht nur die meisten, sondern auch die größten Gebäude des Landkreises zuzurechnen. Der Mehraufwand bezifferte sich auf 794 T€. Daneben verursacht die Einführung des Ganztagschulbetriebes verursacht neben höheren Sachkosten vor allem höhere Aufwendungen für die Schülerverpflegung, das sind 128 T€, und für Lehr- und Lernmittl. Die Mehraufwendungen dafür betragen 71 T€.

Im Zwischenabschluss wurde außerdem festgestellt, dass im Ergebnisplan voraussichtlich nochmals 43 T€ mehr benötigt werden. Gründe sind insbesondere die Neuausstattung der Pavillons des ELG und die Abrechnung für die K-Schule Nieder-Olm.

Im Rahmen des Konjunkturprogramms II werden 1,607 Mio € benötigt. Bei den in diesem Rahmen geplanten Maßnahmen handelt es sich komplett um laufenden Aufwand – keine Investitionen -. Die hier zu verausgabenden Mittel sind vollständig durch entsprechende Zuwendungen des Landes gedeckt.

Gemäß Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Sport vom 17.02.2009 sind diese Maßnahmen als über- oder außerplanmäßige Auszahlungen zu behandeln, deren Deckung durch das Sonderprogramm des Landes gewährleistet ist.



Für Investitionen werden 200 T€ weniger im Finanzplan benötigt, da für die Mensa des ELG in diesem Jahr nur noch die archäologischen Grabungen und der Architektenwettbewerb zur Ausführung kommen.

Teilhaushalt 40

Im Finanzplan werden ab dem Jahr 2009 bei den rückwirkend zu zahlenden Hilfen im Gegensatz zum Jahr 2008 wieder 12 Monate verausgabt (12/2008 – 11/2009). Damit stellt sich die Finanzrechnung künftig wieder in weitgehend gleicher Höhe wie die Ergebnisrechnung dar.

Im Sozialhilfebereich sind im Haushaltsplan 2009 höhere Aufwendungen aufgrund veränderter Fallzahlen veranschlagt bei folgenden Produkten:

- 3111 – Hilfe zum Lebensunterhalt -	111 T€
- 3112 – Grundsicherung nach dem SGB XII	
für erwerbsgeminderte Personen unter 65 Jahren	805 T€.
Demgegenüber sinkt der Aufwand für Personen über 65 Jahren leicht um	-90 T€.
- 3115 - Eingliederungshilfen für behinderte Menschen.	
Innerhalb dieses Produktes steigt der Aufwand für die Hilfen nach Maß	120 T€,
die Teilhabe am Arbeitsleben	810 T€
Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	120 T€
Leistungen in Tagesstätten und Förderstätten	350 T€
stationäre Hilfen	20 T€
- 3116 - Hilfe zur Pflege	
Die Aufwendungen steigen für ambulante Leistungen	45 T€
die stationäre Hilfe zur Pflege	140 T€

Geringere Fallzahlungen führen zu niedrigeren Aufwendungen bei den Produkten

- 3117 -	Sonstige Hilfen in anderen Lebenslagen	-109 T€
und		
- 3122 -	Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	-550 T€.



Zu höheren Erträgen führen die gestiegenen Aufwendungen, soweit sie mit dem Land abzurechnen sind.

- 3111 - Hilfe zum Lebensunterhalt	
die höheren Erträge in Höhe von	63 T€
korrespondieren mit höheren Aufwendungen.	
- 3112 - Grundsicherung für Personen unter 65 Jahren	402 T€
aufgrund periodengerechter Veranschlagung und	
korrespondierend mit höheren Aufwendungen.	
- 3115 - Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	2.187 T€
Die höheren Erträge stehen in Zusammenhang	
mit den höheren Aufwendungen, außerdem sind	
sie Folge der periodengerechten Veranschlagung.	
- 3116 - Hilfe zur Pflege	266 T€

Im Teilhaushalt 40 ergaben sich in der Planung aus gestiegenen Aufwendungen der sozialen Sicherung und höheren Erträgen der sozialen Sicherung Ergebnisverbesserungen in Höhe von knapp 910 T€ (nicht eingerechnet sind dabei Person- und sonstige Aufwendungen) gegenüber dem Haushaltsjahr 2008.

Im Zwischenabschluss kann voraussichtlich mit Mehrerträgen von 797 T€ gerechnet werden. Dem stehen Mehraufwendungen von 753 T€ gegenüber. Mithin reduziert sich der Zuschussbedarf voraussichtlich um weitere 44 T€.

Teilhaushalt 41

Im Ergebnisplan kann voraussichtlich mit Mehrerträgen von 425 T€ gerechnet werden.

Dem stehen Mehraufwendungen von 442 T€ gegenüber. Der Zuschussbedarf des Teilhaushaltes wird sich voraussichtlich um 17 T€ erhöhen.

Teilhaushalt 50

In der Planung des Teilhaushaltes 50 setzte sich der Anstieg der Aufwendungen weiter unvermindert fort.

So erhöhten sich die operativen Aufwendungen des Jugendamtes um 2,8 Mio. €, während die Erträge nur um 1,2 Mio. € anstiegen. Der Fehlbetragstieg um rd. 1,6 Mio. €.



Produkt 3620 - Jugendarbeit

Für das Produkt sind Aufwendungen in Höhe von 141 T€ bereit gestellt, die Erträge liegen, wie im Vorjahr, bei 27 T€.

Produkt 3631 – Schul und Jugendsozialarbeit 37.000 €.

Produkt 3633 – Hilfe zur Erziehung

An Aufwendungen sind kalkuliert:

- Verein Jugend gegen Drogen: 128.500 €
- Aufwendungen für die Erziehungsberatungsstellen: 251.340 €.
- Erziehungsbeistandschaft und Betreuungshelfer: 960.000 €.
2008 waren noch 700 T€ veranschlagt, Als Landeszuschuss wird mit 15 % der Aufwendungen gerechnet.
- Sozialpädagogische Familienhilfe 1,2 Mio. €
In 2008 waren 910 T€ veranschlagt.
- Betreuung in der Tagesgruppe 470 T€
Das Land beteiligt sich mit 15 % der Aufwendungen, abzüglich der fallbezogenen Erträge.
- Vollzeitpflege 1.100.000 €.
- Leistungen an andere Jugendämter für die Unterbringung von Pflegekindern aus dem eigenen Landkreis 220.000 €
Erträge in Höhe von 389 T€ setzen sich zusammen ausfallbezogenen Erträgen, das sind Kostenbeiträge Unterhaltspflichtiger, Waisenrente und 15 % Landeszuschüsse.
- Heimerziehung. 4.920.000 €
(100 T€ mehr als 2008)

Produkt 3635 – Inobhutnahme und Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Menschen, ambulante Frühförderung und stationäre Leistungen.

Es sind Aufwendungen kalkuliert in Höhe von 320 T€ (Steigerung gegenüber 2008: 85 T€).

Erträge resultieren aus dem Landeszuschuss in Höhe von 15 %.

Kostenbeiträge von Unterhaltsverpflichteten werden bei dieser Hilfeart nicht vereinnahmt.

Die stationären Leistungen umfassen die Unterbringung von seelisch behinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in Einrichtungen.

Für 2009 sind 430 T€ veranschlagt, das sind 80 T€ mehr als 2008.

Produkt 3650 – Tageseinrichtungen für Kinder

Für die Kostenbeteiligung wendet der Landkreis insgesamt 14,81 Mio € auf, das Land beteiligt sich daran mit 7,28 Mio. €. Zu Lasten des Landkreises verbleiben danach 7,53 Mio. €.



In der Ergebnisrechnung 2009 des Teilhaushalts kann voraussichtlich mit Mehrerträgen von 115 T€ gerechnet werden.

Dem stehen Mehraufwendungen von 71 T€ gegenüber. Mithin reduziert sich der Zuschussbedarfs voraussichtlich um 44 T€.

Beim Produkt 3633 Vollzeitpflege sind allerdings einmalige Mehrerträge von 300 T€ wegen der Abrechnung von 3 Halbjahren (2/2008, 1/2009 und 2/2009) enthalten.

Teilhaushalt 60

Im Ergebnisplan sind Mehrerträge von 30 T€ bei den Baugenehmigungsgebühren zu erwarten.

Dem stehen Mindererträge von 15 T€ bei den Baulasten gegenüber. Die Verschiebung ist primär auf eine geänderte Verbuchung gegenüber den gemeldeten Haushaltsansätzen zurückzuführen.

Für Investitionen bei den Kreisstraßen und Radwegen werden 437 T€ für im Finanzplan nicht veranschlagte Maßnahmen (K 12 Radweg Alzey-Heimersheim, K 26 Kettenheimer Bahnhof – Alzey-Dautenheim) bzw. zur Abdeckung von Mehrkosten (K 37 Ortsumgehung Mörstadt, K 11 Radweg Mauchenheim – Alzey, K 7 Albig – L 408) benötigt.

Dem stehen nicht benötigte Mittel in Höhe von 670 T€ aus den in das Jahr 2010 verschobenen Maßnahmen K 21 Ortsdurchfahrt Ober-Saulheim und K 12 Lonsheim -Alzey-Heimersheim als Einsparung gegenüber.

Im Saldo reduzieren sich die Auszahlungen für Investitionen um 233 T€.

Teilhaushalt 61

Im Ergebnisplan sind Mehraufwendungen von 35 T€ für die Anmietung der Pavillons des ELG erforderlich.

Beim Bauunterhalt zeichnet sich wie bereits 2008 eine erhebliche Einsparung ab. Dem Ansatz von 2,134 Mio.€ stehen bisher erst Aufwendungen von 251 T€ gegenüber.

Für Investitionen werden 100 T€ weniger im Finanzplan benötigt, da Maßnahmen des Brand-schutzes wegen einer möglichen Landesförderung zurückgestellt wurden.

Von der Einsparung wurden bisher 37 T€ zur Deckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben (Garagenbau, Spielgerät Röka, Geräteraum Volkerschule) herangezogen. Somit verbleibt eine Einsparung von 63 T€.



Teilhaushalt 99

Das Gesamtergebnis des Teilhaushaltes 99 schloss bereits in der Planung 2009 um 4.096.275 € besser ab als im Jahre 2008.

Zu dieser Ergebnisverbesserung trug neben der bisher unter Teilhaushalt 80 veranschlagten Kostenerstattung vom Abfallwirtschaftsbetrieb vor allem das mit gut 3,083 Mio. € gestiegene Aufkommen an Kreisumlage, die Schlüsselzuweisung B 1 mit 495 T. € und die Schlüsselzuweisung B 2 mit 1,066 Mio. € bei.

Das trotz gleich bleibendem Hebesatz von 39,7% erheblich verbesserte Umlageaufkommen basiert auf den um 7,7 Mio. € höheren Umlagegrundlagen. Daran ist vor allem der Einkommenssteueranteil mit +6,2 Mio. € beteiligt. Einen eher geringeren Anteil haben die Gewerbesteuer (+934 T€), die Ausgleichsleistung nach § 21 LFAG (+638 T€) und die Schlüsselzuweisung B2 der Gemeinden(+331 T€). Die Schlüsselzuweisung A ging um 597 T€ zurück, obwohl der Schwellenwert um 54 € angehoben wurde.

Im Zwischenabschluss wurde festgestellt, dass wie bereits im Haushaltsplan 2008 im Plan 2009 keine Finanzerträge aus dem Jahresüberschuss des Wirtschaftsplanes des AWB veranschlagt sind. Die Ergebnisrechnung wird sich deshalb gegenüber dem Planansatz um 1,126 Mio € verbessern.

Bei den Schlüsselzuweisungen ergibt sich gegenüber der Planung nochmals eine leichte Verbesserung um 248 T. € und bei der Kreisumlage von 79 T. €

Kredite zur Finanzierung von Investitionen sind in Höhe von 4,59 Mio € veranschlagt, wurden aber bisher noch nicht aufgenommen.

Abschreibungen

Nachdem die Eröffnungsbilanz fertig gestellt wurde, konnten erstmals für die Haushaltsplanung 2009 auf echten Wertermittlungen basierende Ansätze gebildet werden.

Danach erhöht sich die Summe der Abschreibungen von	5.395.072 €
Im Jahr 2008 um	1.132.280 €
auf nunmehr	6.527.352 €
im Haushalt 2009.	



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

Auf der Ertragsseite wurden auch die Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen exakt kalkuliert. Sie erhöhen sich von 2.023.156 € in 2008 um 997.511 € auf nunmehr 3.020.667 €.

Aus höheren Abschreibungen und gestiegenen Erträgen resultiert eine Mehrbelastung für den Kreishaushalt im Jahre 2009 von 134.769 €

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Als außerordentlicher Ertrag ist die Beteiligung an der EDG in einer Höhe von 703 T€ gebucht. In gleicher Höhe fallen allerdings auch Sonderabschreibungen des Anlagevermögens wegen der Übertragung der Heizungsanlagen an. Das Rechnungsergebnis verändert sich hierdurch im Saldo nicht.

Für die Abstufungen der Kreisstraßen K 44 Alsheim und K 37 Mörstadt sind keine außerordentlichen Aufwendungen veranschlagt. Allerdings ist es bisher auch unklar, ob die Abstufungen im Jahr 2009 noch zur Ausführung kommen.

Unter den außerordentlichen Aufwendungen sind 152 T€ für Personalaufwand aus Vorjahren wegen Rückrechnungen gebucht. Dieser Betrag geht damit nicht in die Berechnung der Personalaufwendungen ein, die unter Position 11 der Ergebnisrechnung ausgewiesen sind.

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Steigerung im Ergebnishaushalt gegenüber dem Haushalt 2008 ergibt sich aus der Veranschlagung von prozentualen Entgelt- und Gehaltserhöhungen für 2009. Für die Beschäftigten sind Erhöhungen der Entgelte in Höhe von 2,8 % bereits Tarifrecht. Für die Beamten wurde ebenfalls eine prozentuale Erhöhung um 2,8 % geschätzt. Aufwandsmindernd wirkten sich niedrigere Entgelte bei Neu-/Ersatzeinstellungen, die Vergabe von Reinigungsleistungen sowie der Eintritt von Mitarbeiter/innen in die Altersteilzeit aus.

In 2009 neu geschaffene Stellen wurden kostenmäßig nur dann berücksichtigt, wenn entsprechende Einnahmepositionen zu schaffen waren. Neue Stellen ohne Bezuschussung Dritter wurden nicht veranschlagt.

Im Ergebnishaushalt werden insbesondere wegen zusätzlicher Sozialarbeiterstellen und der Übernahme des Personals der IGS Osthofen voraussichtlich 114 T€ mehr benötigt, hierin ist allerdings auch eine um 76 T€ erhöhte Zuführung zur Rückstellung für nicht genommenen Urlaub und Überstunden enthalten.

Im Finanzhaushalt werden 220 T€ mehr als veranschlagt für Personalauszahlungen benötigt.



Kreditaufnahmen

Im Jahr 2008 blieb die Kreditermächtigung für Investitionskredite völlig unangetastet. Vom Kreisausschuss wurden zwar 4 Mio. € Kreditrahmen bewilligt. Da der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionen im Jahr 2008 jedoch nur -1,28 Mio. € betrug und gleichzeitig der Zinssatz der kurzfristigen Kredite unter 1% fiel, wurde diese Ermächtigung bis zum November 2009 noch nicht in Anspruch genommen.

Wegen des geringeren Mittelabflusses bei den Investitionsmaßnahmen kann für 2008 und 2009 insgesamt von einem Kreditbedarf für Investitionskredite von 2,9 Mio. € ausgegangen werden. Der Stand der Investitionskredite würde sich damit zum Stand Ende 2009 auf voraussichtlich 69,5 Mio. € erhöhen.

Für den Haushalt 2009 wurden die Zinsen für längerfristige Kredite ursprünglich mit Zinssätzen zwischen 5,2 % und 5,3 % kalkuliert.

Für die Liquiditätskredite, die im Haushaltsplan 2009 mit einem weiteren Anstieg von 9 Mio. € bei einem Zinssatz von 4,0 % kalkuliert wurden, ist ebenfalls mit einem erheblich geringeren Bedarf, als die angenommenen 75 Mio. €, zu rechnen.

Zum Ende des Haushaltsjahres 2009 werden die Kredite zur Liquiditätssicherung voraussichtlich 58 Mio. € betragen. Für die festgeschriebenen Kredite in Höhe von 32 Mio. € beträgt der Zinssatz hier rd. 4,1%. Die mit monatlicher Festschreibung aufgenommenen Kredite werden derzeit mit 0,6% verzinst.

Dies führt insgesamt zu einem um 1,3 Mio. € geringeren Zinsaufwand in der Jahresrechnung 2009.



Entwurf des Haushaltsplans 2010 der Kreisverwaltung Alzey-Worms

In der Haushaltssatzung werden für das **Haushaltsjahr 2010** folgende Festsetzungen getroffen:

Ergebnishaushalt:

Gesamtbetrag der Erträge	auf	118.428.667 €
Gesamtbetrag der Aufwendungen	auf	<u>133.013.414 €</u>
der Jahresfehlbetrag	auf	-14.584.747 €

Finanzhaushalt

die ordentlichen Einzahlungen	auf	111.445.045 €
die ordentlichen Auszahlungen	auf	<u>123.010.082 €</u>
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	auf	-11.565.037 €

die außerordentlichen Einzahlungen	auf	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen	auf	<u>150.000 €</u>
der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	auf	-150.000 €

die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	2.864.768 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	<u>8.802.050 €</u>
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	auf	-5.937.282 €

die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	20.013.669 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	auf	<u>2.361.350 €</u>
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf		17.652.319 €

Gesamtbetrag der Einzahlungen auf	auf	134.323.482 €
Gesamtbetrag der Auszahlungen auf	auf	<u>134.323.482 €</u>
die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr	auf	0 €

Das Defizit des Ergebnishaushaltes erhöht sich damit gegenüber dem Haushaltsplan 2009 um 3.324.724 €.

Das Defizit im Finanzhaushalt erhöht sich um 7.247.150 €



Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kredite, die zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen erforderlich sind, ist festgesetzt

zinslose Kredite	auf	671.822 €
verzinsliche Kredite	auf	5.937.282 €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die in künftigen Jahren zu Auszahlungen für Investitionen und von Investitionsfördermaßnahmen führen können, ist festgesetzt auf:

Die Summe der Verpflichtungsermächtigungen, für die in den künftigen Haushaltsjahren voraussichtlich Investitionskredite aufgenommen werden müssen, beläuft sich auf	10.472.800 €
	5.859.800 €

Der Hebesatz für die Kreisumlage ist in gleicher Höhe vorgesehen wie 2009. Er beträgt 39,7 v. H. der Umlagegrundlagen.

Das Umlagesoll aus der Kreisumlage beträgt:

- für das laufende Haushaltsjahr	36.350.000 €
- für das vorangegangene Haushaltsjahr	38.338.000 €

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die aufgrund der Defizite der letzten Jahre und des in 2010 zu erwarteten Fehlbetrages erforderlich werden, wird für das Haushaltsjahr 2010 auf 75.000.000 € festgesetzt und damit gegenüber 2009 nicht. erhöht.



Die Ansätze für das Planjahr 2010 wiesen im Vergleich zum Haushaltsplan 2009 folgende Änderungen auf:

Ergebnishaushalt	2009	2010	Mehr / Weniger	In %
Erträge	110.437.714	118.428.667	7.990.953	7,24
Aufwendungen	121.697.737	133.013.414	11.315.677	9,30
Fehlbetrag	-11.260.023	-14.584.747	3.324.724	29,53
Finanzhaushalt	2009	2010	Mehr / Weniger	In %
Ordentliche Einzahlungen	108.072.702	111.445.045	3.372.343	3,12
Ordentliche Auszahlungen	113.886.921	123.010.082	9.123.161	8,01
Fehlbetrag	-5.814.219	-11.565.037	5.750.818	98,91
			0	
Einzahlungen aus Investitionen	2.909.918	2.864.768	-45.150	-1,55
Auszahlungen aus Investitionen	7.500.868	8.802.050	1.301.182	17,35
Saldo Investitionen	-4.590.950	-5.937.282	1.346.332	29,33
			0	
Einzahlungen aus Finanzierungen	12.611.659	20.013.669	7.402.010	58,69
Auszahlungen aus Finanzierungen	2.206.490	2.361.350	154.860	7,02
Saldo Finanzierungen	10.405.169	17.652.319	7.247.150	69,65
			0	
Summe Einzahlungen	123.594.279	134.323.482	10.729.203	8,68
Summe Auszahlungen	123.594.279	134.323.482	10.729.203	8,68

Ergebnishaushalt

Saldo der Teilhaushalte 2010, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2009

Teil- haus- halt	Ansätze 2010 vor internen Verrechnungen		ordentli- ches Er- gebnis 2010	ordentliches Ergebnis 2009	Vergleich 2009/2010 mehr/- weniger
	Erträge	Aufwendungen			
10	344.060	1.593.243	-1.249.183	-1.209.898	39.285
11	51.833	1.656.757	-1.604.924	-1.692.407	-87.483
12	2.79.228	1.054.267	-775.039	-672.018	103.021
13	72.210	696.965	-624.755	-653.184	-28.429
15	23.080	329.223	-306.143	-296.370	9.773
20	65.129	460.084	-394.955	-389.735	5.220
21	3.618.300	14.310.906	-10.692.606	-9.484.443	1.208.163
22	3.793.309	4.656.323	-863.014	-919.222	-56.208
23	789.904	247.578	542.326	615.903	-73.577
30	126.366	904.215	-777.849	-828.766	-50.917
31	105.293	448.459	-343.166	-336.241	6.925
32	1.457.065	899.196	557.869	535.292	22.577
40	22.621.383	46.208.943	-23.587.560	-22.100.054	1.487.506
41	2.890.957	3.897.027	-1.006.070	-1.006.100	-30
50	14.554.157	34.163.798	-19.609.641	-18.432.309	1.177.332
51	1.374.431	1.995.069	-620.638	-647.047	-26.409
60	2.964.621	4.616.981	-1.652.360	-1.656.046	-3.686
61	317.502	1.495.320	-1.177.818	-1.092.073	85.745
62	527.501	1.019.910	-492.409	-486.726	5.683
70	263.106	939.787	-676.681	-593.059	83.622
71	2.208.294	1.641.162	567.132	508.469	58.663
72	847	249.348	-248.501	-256.861	-8.360
80	15.467	109.679	-94.212	-31.656	62.556
90	1.291.523	1.798.296	-506.773	-434.154	72.619
99	56.369.715	6.070.725	50.298.990	50.298.682	308
	116.125.281	131.463.261	-15.337.980	-11.260.023	4.077.957



Finanzhaushalt (ohne Investitionen)

Saldo der Teilhaushalte 2010, verglichen mit den Haushaltsansätzen 2009

Teil- haus- halt	Ansätze 2010 vor internen Verrechnungen		ordentliches Ergebnis 2010	ordentliches Ergebnis 2009	Vergleich 2009/2010 mehr/- weniger
	Einzahlungen	Auszahlungen			
10	273.600	1.387.979	-1.114.379	-1.057.260	57.119
11	28.660	1.548.742	-1.520.082	-1.598.037	-77.955
12	41.950	1.127.821	-1.085.871	-758.936	326.935
13	50.000	643.801	-593.801	-609.493	-15.692
15	0	224.189	-224.189	-212.437	11.752
20	25.000	357.075	-332.075	-326.842	5.233
21	2.597.480	11.431.136	-8.833.656	-7.625.340	1.208.316
22	3.788.000	4.646.110	-858.110	-908.795	-50.685
23	776.000	222.955	553.045	628.008	-74.963
30	72.050	498.416	-426.366	-487.058	-60.692
31	73.500	378.733	-305.233	-291.048	14.185
32	1.434.500	852.835	581.665	565.151	16.514
40	22.911.000	46.015.486	-23.104.486	-20.760.607	2.343.879
41	2.883.000	3.687.906	-804.906	-811.060	-6.154
50	14.485.945	33.685.189	-19.199.244	-18.010.835	1.188.409
51	1.344.000	1.932.238	-588.238	-614.010	-25.772
60	1.254.200	2.090.452	-836.252	-852.957	-16.705
61	260.410	1.313.780	-1.053.370	-967.500	85.870
62	334.500	762.270	-427.770	-372.059	55.711
70	238.200	829.546	-591.346	-504.332	87.014
71	2.157.215	1.513.240	643.975	601.455	42.520
72	0	156.333	-156.333	-147.586	8.747
80	0	62.014	-62.014	0	62.014
90	1.263.250	1.721.111	-457.861	-416.897	40.964
99	55.152.585	6.070.725	49.081.860	49.724.256	-642.396
	111.445.045	123.160.082	-11.715.037	-5.814.219	-5.900.818



Kreisumlage, Zuweisungen

In den Orientierungsdaten zur Haushaltsplanung des Statistischen Landesamtes sinkt der Schwellenwert der Schlüsselzuweisung A von 604,49 auf 558,84. Dies entspricht einem Rückgang um 45,65 Punkte.

Gleichzeitig fallen die Grundbeträge für die Schlüsselzuweisung B2 um 31 € von 959 € auf 928 € und für die Schlüsselzuweisung B2 mit Investitionsschlüsselzuweisung um 32 € von 975 € auf 943 €.

Die Kreisumlage liegt mit 36,36 Mio. € um voraussichtlich 2,06 Mio. € unter dem Vorjahres-Ist-Wert.

Ursächlich ist der Rückgang der Umlagegrundlagen um 5,17 Mio. €, wobei dies insbesondere auf den Rückgang der Gewerbesteuer um 9,06% und der Einkommenssteueranteile um 3,57% zurückzuführen ist.

Allerdings stieg das Aufkommen der Grundsteuer B um 4,74% und des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer um 6,14%.

Die Schlüsselzuweisung B2 fällt geringfügig gegenüber dem Ist 2009 auf 13,07 Mio. €. Dies entspricht einer Abnahme um 159 T. €.

Vergleich der Umlagegrundlagen

Umlagegrundlagen	Plan 2009	Ist 2009	Plan 2010	Mehr / Weniger	In %
Grundsteuer A und B	12.397.933	12.398.850	12.871.709	472.859	3,81
Schlüsselzuweisungen	12.522.115	12.608.674	10.527.063	-2.081.611	-16,51
Gemeindeanteil Einkommenssteuer inkl. Ausgleichzahlungen	48.111.848	48.148.547	46.429.171	-1.719.376	-3,57
Gemeindeanteil Umsatzsteuer	1.901.976	1.902.476	2.019.290	116.814	6,14
Gewerbesteuer	21.711.095	21.711.372	19.744.624	-1.966.748	-9,06
Insgesamt	96.644.967	96.769.919	91.591.857	-5.178.062	-5,35
Kreisumlage	38.338.000	38.417.623	36.361.929	-2.055.694	-5,35
Schlüsselzuweisung B1	3.410.000	3.409.560	3.393.765	-15.795	-0,46
Schlüsselzuweisung B2	12.987.000	13.229.631	13.070.800	-158.831	-1,20
Investitionsschlüsselzuweisung	683.000	689.320	638.400	-50.920	-7,39
Summe	55.418.000	55.746.134	53.464.894	-2.281.240	-4,09

Unter Pos. 2 des Ergebnisplanes sind auch die Zuweisungen des Landes im Rahmen des Konjunkturpaktes 2 ausgewiesen. Dies ist ursächlich für die Erhöhung des Planansatzes 2010 gegenüber 2009.


Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personalkosten steigen im Ergebnishaushalt um 907 T-€ und im Finanzhaushalt um 506 T-€. Von der Steigerung entfallen 245 T-€ auf Entgelt- und Gehaltserhöhungen; 261 T-€ sind auf Kosten für übernommenes Personal (Osthofen) und Wiederbesetzung vorhandener Stellen zurückzuführen.

Die weitere Steigerung im Ergebnishaushalt ist durch eine geänderte Veranschlagung der Rückstellungen (Bruttoprinzip) verursacht. Da diesem Aufwand auch entsprechend höhere Erträge gegenüberstehen, wird die Ergebnisrechnung hierdurch nicht belastet.

Ansätze 2009:	<u>Ergebnishaushalt</u>	<u>Finanzhaushalt</u>
	16.742.000,00 €	15.458.536,00 €

Die im Haushalt 2009 neu eingerichteten Stellen konnten nicht vollständig durch Einsparungen finanziert werden, weshalb der Differenzbetrag im „Nachtrag 2009“ berücksichtigt werden musste. Insbesondere handelt es sich dabei um das von der Goldbergschule Osthofen übernommene Personal ab August 2009 und die Teilzeitstelle im Bereich Kindeswohl/Kindergesundheit. Des Weiteren hat die Unfallkasse ihren Beitrag um rund 33 % erhöht. Im Übrigen musste die Rückstellung für Urlaub und Überstunden erhöht werden, wobei sich diese Erhöhung lediglich im Ergebnishaushalt ausgewirkte.

„Nachtrag 2009“:	17.008.590,00 €	15.678.450,00 €
Ansätze 2010:	17.927.545,00 €	16.196.201,00 €
Steigerung:	918.955,00 €	517.751,00 €

Im Ergebnishaushalt wurden die Erträge aus der Verminderung von Rückstellungen (Pensionsrückstellungen, Beihilferückstellungen und Altersteilzeitrückstellungen) bisher von den Aufwendungen in Abzug gebracht. Im Haushalt 2010 werden diese Erträge (rund 580.000 Euro) unter Berücksichtigung des Bruttoprinzips erstmals auch als solche gebucht. Dementsprechend erhöht sich der Aufwand in gleicher Höhe. Gleichzeitig sind diese Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 85.000 € gestiegen, die Zuführungen zuden Rückstellungen um rund 97.000 € gesunken.

Eine Steigerung um rund 245.000 Euro in beiden Haushalten ist auf die Veranschlagung von prozentualen Entgelt- und Gehaltserhöhungen für 2009 zurückzuführen. Für die Beschäftigten wurde eine Erhöhung der Entgelte in Höhe von 2,0 % geschätzt. Für die Beamten ist eine pro-



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

zentuale Erhöhung ab März 2010 um 1,3 % bereits festgeschrieben. Außerdem sind die Personalkosten für die von der Goldbergschule Osthofen übernommenen Mitarbeiter/innen nun für das ganze Jahr veranschlagt.

Der Haushalt 2010 berücksichtigt darüber hinaus die Besetzung von 2 bereits vorhandenen Ersatzstellen für Mitarbeiter/innen, die im Jahr 2009 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eingetreten sind. Der Personalmehraufwand konnte im Jahr 2009 durch Einsparungen aufgefangen werden.

Aufgrund der letzten Wirtschaftsprüfung beim Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) ist die bisher im Wirtschaftsplan veranschlagte Umlage zur Versorgungskasse für die Beamten des AWB künftig im Haushalt des Landkreises zu veranschlagen.

Kosten für die in 2010 neu geschaffenen Stellen Zensus 2011, Hausmeister Alzeyer Schulen und Verwaltungsgebäude sowie die Erhöhung Kindeswohl/Kindergesundheit wurden nicht veranschlagt. Es ist beabsichtigt, diese Kosten durch eine weiterhin restriktive Stellenbewirtschaftung einzusparen.

Den Personal- und Versorgungsaufwendungen stehen folgende Erträge / Erstattungen gegenüber:

Ergebnis-HH	Finanz-HH	Zweck
247.100	0	Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen
61.770	0	Erträge aus der Auflösung von Beihilferückstellungen
271.084	0	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit
297.661	0	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden
131.800	131.800	Pauschale Erstattung der dem Landkreis nach der Kommunalisierung des Landrates entstehenden Personalkosten durch das Land
14.800	14.800	Eigenanteile der Beihilfeberechtigten zur Sicherung der Erstattung der Kosten für Wahlleistungen bei Krankenhausaufenthalten
1.529.265	1.186.920	Pauschale Erstattung der dem Landkreis nach der Kommunalisierung des ehemals staatlichen Personals entstehenden Personalkosten durch das Land
26.150	26.150	Erstattung der Bundesagentur für Arbeit im Zusammenhang mit der Wiederbesetzung der Stelle einer Mitarbeiterin und eines Mitarbeiters in Altersteilzeit
4.400	4.400	Lohnkostenzuschuss der Hauptfürsorgestelle im Zusammenhang mit der Beschäftigung eines schwerbehinderten Menschen
86.460	86.460	Erstattung der Personalkosten für die Hauptschule im Gustav-Heinemann-Schulzentrum durch die Stadt Alzey
22.400	22.400	Erstattung der Personalkosten für die Hauptschule im Schulzentrum Wörrstadt durch die VG Wörrstadt



Ergebnis-HH	Finanz-HH	Zweck
20.800	20.800	Erstattung der Personalkosten für die Grundschule der ehem. Goldbergschule durch die Stadt Osthofen
31.450	31.450	Erstattung von 50 % der Personalkosten für die Bibliothek im Schulzentrum Wörrstadt durch die VG Wörrstadt
39.700	39.700	Eingliederungszuschuss der Agentur für Arbeit im Zusammenhang mit der Beschäftigung älterer Mitarbeiter/innen
221.500	221.500	Erstattung der Personalkosten der Mitarbeiter/innen des Landkreises im Jobcenter für Arbeitsmarktintegration Alzey-Worms durch das Jobcenter
15.000	15.000	Zuwendung des Landes zu den Personalkosten der Fachberatung im Bereich Kindertagesstätten
168.300	168.300	Zuwendungen des Landes für die Schulsozialarbeit bei den Hauptschulen und Regionalen Schulen im Landkreis
57.080	57.080	Erstattung der Personalkosten im Aufgabenbereich „Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit“ durch das Land
1.960.000	1.960.000	Pauschale Erstattung der dem Landkreis nach der Eingliederung des Gesundheitsamtes entstehenden Kosten (inkl. eines Anteiles an Sachkosten)
21.800	21.800	Erstattung der Personalkosten im Aufgabenbereich Psychiatriekoordination durch das Land
40.150	40.150	Erstattung von 50 % der Personalkosten im Bereich Wirtschaftsförderung durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft
165.000	165.000	Erstattung der auf den AWB entfallenden Aufwendungen aller interner Produkte durch den AWB (Personalkostenanteil geschätzt 50 %)
32.200	32.200	Erstattung der Aufwendungen für Pensions- und Beihilferückstellungen durch den AWB
141.390	141.390	Kostenerstattungen und Zuwendungen für Kreismusikschule und Kreisvolkshochschule
4.729.645	4.387.300	Summen
12.320.285	11.808.901	Ergibt „Netto“- Personal- und Versorgungsaufwendungen 2010

Überdies enthalten selbstverständlich alle Gebühren (z. B. Gebühren des Veterinäramtes, der Kreismusikschule, der Kreisvolkshochschule etc.) Erstattungen für Personalaufwendungen.



Teilhaushalt 40

Der Saldo der Erträge und Aufwendungen der Teilhaushalte 40 und 41 verschlechtert sich um 1,344 Mio. € gegenüber dem Haushalt 2009. Dies entspricht einer Steigerung um 6,33%.

Verursacht wird dies durch eine durchgängige Steigerung der Fallzahlen in allen Hilfearten. Die Ausgaben steigen deshalb um 3,131 Mio. €. Die korrespondierenden Einnahmen auf Grund von Erstattungen des Landes und der sonstigen Sozialhilfeträger steigen demgegenüber nur um 1,786 Mio. €.

Im Bereich des SGB II wird für das Jahr 2010 mit einer Steigerung von 4% gerechnet.

Die Wenigereinnahmen stehen im Zusammenhang mit der Reduzierung der Bundesbeteiligung von bisher 35,4% auf 33% an den Kosten der Unterkunft.

Produkte und Leistungen in Einzeldarstellung im Vergleich zu den Haushaltsansätzen 2009:

Leistung 31151 - Hilfe nach Maß

Mehreinnahmen = 169.000 € Erstattungen des Landes (150.000 €).
Korrespondieren mit den Mehrausgaben.

Mehrausgaben = 320.000 € 1. Steigerung der Fallzahlen.
2. Neue Hhst. „Budget KIGA und Schulen“ für Integrationshelfer und Fahrtkosten (150.000 €). Aufgrundeiner gesetzlichen Neuregelung ab 2009 können diese Fälle mit dem Land abgerechnet werden. Die Hilfen werden als persönliches Budget zur Vermeidung einer Heimaufnahme gewährt. Wenigerausgaben bei Leistung 31155 - Heilpädagogische Leistungen für Kinder in Höhe von 180.000 €.

Leistung 31154 - Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und WfB

Mehreinnahmen = 225.000 € Erstattungen des Landes (210.000 €) und
Erstattungen von Sozialhilfeträgern (12.000 €).
Korrespondieren mit den Mehrausgaben.

Mehrausgaben = 450.000 € Werkstätten für behinderte Menschen
Steigerung der Fallzahlen um 20 Neuzugänge bei 3 Abgängen
- Werkstattkosten (200.000 €)
- Arbeitsförderungsgeld und
 Sozialversicherungsbeiträge (160.000 €)
- Hilfen zur Berufsausbildung (110.000 €)



Leistung 31155 - Heilpädagogische Leistungen für Kinder

Wenigerausgaben = 180.000 €

1. Nichtmedizinische Frühförderung (50.000 €).
2. Die Hilfen zur angemessenen Schulbildung wurden teilweise bei der Leist. 31151 – Hilfe nach Maß neu veranschlagt.

Leistung 31156 - Leistungen in Tagesstätten und Tagesförderstätten

Mehreinnahmen = 15.000 €

Wenigereinnahmen bei den Rückzahlungen gewährter Hilfen (140.000 €).
Mehreinnahmen bei den Erstattungen des Landes (145.000 €) und den Erstattungen von Sozialhilfeträger (10.000 €).

Meherausgaben = 160.000 €

Steigerung der Fallzahlen auf 80 Personen.

Leistung 31157 - Stationäre Hilfen - Eingliederungshilfe

Mehreinnahmen = 615.000 €

Erwartete Kostenbeiträge in regionalen und überregionalen Einrichtungen (130.000 €) und Erstattungen des Landes (485.000 €) aufgrund Meherausgaben.

Meherausgaben = 860.000 €

Steigerung der Fallzahlen von 283 auf 317.
Meherausgaben bei den Leistungen in regionalen Einrichtungen (1.100.000 €) und Wenigerausgaben bei der Beteiligung an den Aufwendungen des überörtlichen Trägers als Folge der Regionalisierung (240.000 €).

Leistung 31163 - Stationäre Hilfe zur Pflege

Mehreinnahmen = 115.000 €

Erstattungen des Landes.
Korrespondieren mit den Meherausgaben.

Meherausgaben = 242.000 €

Leistungen in regionalen Einrichtungen (200.000 €) und Krankenhilfaufwendungen in regionalen Einrichtungen (40.000 €).
Steigerung wegen Erhöhung der Pflegesätze

Leistung 31222 - Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Wenigereinnahmen = 332.000 €

Erwartete Wenigereinnahmen bei der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und den Leistungen des Landes nach § 4 AGSGB II (Wohngeldentlastung). Mehreinnahmen bei der Beteiligung der Städte und Verbandsgemeinden.

Meherausgaben = 340.000 €

Zunahme der Bedarfsgemeinschaften.



Leistungen 31301 und 31302 - Leistungen an Asylbewerber

Mehreinnahmen = 65.000 € Erstattungen des Landes aufgrund einer vermehrten Zuweisung von Asylbewerbern seit Oktober 2008.

Mehrausgaben = 130.000 € Vermehrte Zuweisungen von Asylbewerbern seit Oktober 2008. Nach Schließung des Landesdurchgangwohnheimes erfolgten bisher 58 Neuzuweisungen.

Teilhaushalt 41

Leistung 32101 - Kriegsopferfürsorge

Mehreinnahmen = 139.000 € Erstattungen des Landes.
Korrespondieren mit den Mehrausgaben.

Mehrausgaben = 138.000 € Gestiegene Aufwendungen bei den Leistungen in Einrichtungen für Hinterbliebene.

Leistung 35111 und 35112 - Wohngeldleistungen

Mehreinnahmen = 730.000 € Erstattungen des Landes.
Korrespondieren mit den Mehrausgaben.

Mehrausgaben = 730.000 € Gestiegene Aufwendungen auf Grund geänderter Leistungsvoraussetzungen und somit Fallzahlzunahmen bei voller Kostenerstattung durch das Land und den Bund.



Teilhaushalt 50

Der Saldo der Erträge und Aufwendungen des Teilhaushalts 50 verschlechtert sich insgesamt um 1,06 Mio. €.

Hierbei steigt insbesondere der Zuschussbedarf bei den Leistungen:

- 3610 „Tagespflegestellen“ um 63 T. €,
- 3633 „Tagesgruppen“ um 62 T. €,
- 3633 „Heimerziehung, betreutes Wohnen“ um 224 T. €,
- 3635 „ambulante Frühförderung“ um 80 T. € und
- 3650 „Kostenbeteiligungen“ um 1,06 Mio. €.

Dem stehen unter der Leistung 3632 „Übernahme von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen“ Verbesserungen des Saldo in Höhe von 200 T. € und bei 3633 „Vollzeitpflege“ eine Verbesserung um 71 T. € gegenüber-

In den Erträgen und Aufwendungen (Pos. 3 und 17) sind einmalig 1,468 Mio. € aus dem Konjunkturprogramm 2 zur Weiterleitung an die Träger der Kindertagesstätten, deren Zuschussantrag bewilligt wurde, enthalten. Diese Mittel werden vom Jugendamt im eigenen Namen zugeteilt und dürfen deshalb nicht als durchlaufende Gelder verbucht werden. Im Saldo ist die Veranschlagung ergebnisneutral.

Differenzierte Darstellung der Produkte und Leistungen:

Produkt 3610

Leistung 36101 - Übernahme von Elternbeiträgen in Tageseinrichtungen

Die Leistung umfasst die Übernahme oder Ermäßigung der Elternbeiträge für Kinder gemäß § 90 Abs. 3 Kinder- und Jugendhilfegesetz sowie die Weiterleitung der durch das Land übernommenen Elternbeiträge an die Träger der Kindertagesstätten.

Im Rahmen des Landesprogrammes „Zukunftschance Kinder“ ist ab Sept. 2009 der Besuch des Kindergartens (3 bis 6 Jährige) für die Eltern beitragsfrei. Ab August. 2010 wird auch für 2 jährige Kinder die Beitragsfreiheit eingeführt.

Die ausgefallenen Elternbeiträge übernimmt das Land abzüglich eines prozentualen Kreisanteiles für die Fälle, für die der Landkreis aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Familien den Elternbeitrag übernommen hätte.



Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	1.025.000	1.330.000	2.100.000	2.200.000
Aufwendungen	1.552.000	1.852.000	2.600.000	2.500.000
Zu-/Überschuss	-527.000	-522.000	-500.000	-300.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3610
Leistung 36102 Zuschüsse für Tagespflegestellen

Die Leistung umfasst die Erträge und Aufwendungen für die Tagespflege.

Durch die Novellierung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist bei den Eltern ein Kostenbeitrag zu den Kosten der Tagespflege zu erheben. Bis 2006 wurden die Kosten als Zuschuss nach Abzug eines Eigenanteils ausgezahlt.

Die Kosten der Tagespflege umfassen die Aufwendungen zur Unfallversicherung und einer angemessenen Alterssicherung für die Tagespflegepersonen.

Kalkulation 2010 = 550.000,- € = 120 Kinder à 380,- € monatlich

(Kalkulation 2009 = 450.000,- € = 101 Kinder à 370,- € monatlich)

Zur Deckung der Mehrkosten, die durch das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder“ bei der Betreuung der 2-Jährigen entstehen, zahlt das Land einen Betreuungsbonus für Tagespflegekinder, wenn am 31.12. des Jahres mindestens 10 % der 2-jährigen Kinder, die im Landkreis gemeldet sind, in Kindertagesstätten betreut werden (erstmalig zum Stichtag 31.12.2006). Der Bonus für die Tagespflegekinder wird auf Basis der Bruttoausgaben und der Höhe der Geldleistungen für eine 35-40-stündige Betreuungsleistung berechnet und 1/10 davon den 2-Jährigen zugerechnet (Normierungsverfahren)

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	26.600	33.600	67.000	104.000
Aufwendungen	210.000	230.000	450.000	550.000
Zu-/Überschuss	-183.400	-196.400	-383.000	-446.000

(ohne Personalkosten)



Produkt 3610
Leistung 36103 Vermittlung von Betreuungsstellen

Die Leistung enthält Qualifikationsmaßnahmen für Personen der Tagespflege.

Aufgrund eines vom Land vorgegebenen Konzeptes umfasst die Qualifikation für Personen der Tagespflege die Grundqualifikation mit 80 Stunden und die Aufbauqualifikation ebenfalls mit 80 Stunden.

Seit 01.01.2006 bezuschusst das Land im Rahmen des Landesprogramms „Zukunftschance Kinder“ die Qualifikationsmaßnahmen für Tagespflegepersonen.

Ausbauprogramm Kindertagespflege

Im Rahmen des Investitionsprogramms „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013 des Landes Rheinland-Pfalz erhalten die Jugendämter Zuwendungen zur Verbesserung der Ausstattung der Kindertagespflege. Die Höhe bemisst sich am Anteil der unter 3-Jährigen. Der Landkreis Alzey-Worms erhält damit insgesamt 48.104,87 €. Hiervon sollen Ausstattungsgegenstände wie Laufräder, Hochstühle, Wickelkommoden, Kinderwagen, Spielmaterialien u.ä. angeschafft und an die Tagespflegepersonen verliehen werden. Dies wird an die Servicestelle Kindertagespflege angegliedert, die im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege aufgebaut wird.

Aktionsprogramm Kindertagespflege

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt im Rahmen des Aktionsprogramms Kindertagespflege für ausgewählte Standorte Mittel aus dem Europäischen Sozialfond bereit, um die Akquise, Qualifizierung und Vermittlung von Tagespflegepersonen sowie den Auf- und Ausbau unterstützender Strukturen zu fördern. Das Jugendamt hat sich erfolgreich darum beworben. Die Umsetzung in Form einer „Servicestelle Kindertagespflege“ erfolgt in Kooperation mit dem Mehrgenerationenhaus.

Für die Projektlaufzeit 01.09.2009-31.08.2012 werden bei einem Gesamtprojektvolumen von 170.451,87 € 60% durch das Bundesministerium gefördert, das heißt mit 100.000,- €. Die Restfinanzierung erfolgt über das Ausbauprogramm des Landes, anteilige Personalressourcen des Jugendamtes sowie Teilnehmerbeiträge.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	10.000	10.000	10.000	90.000
Aufwendungen	13.700	13.700	13.700	93.700
Zu-/Überschuss	-3.700	-3.700	-3.700	-3.700



Produkt **3620**
Leistung **36201 Jugendarbeit**

In der Leistung Jugendarbeit sind alle Erträge und Aufwendungen zusammengefasst, die aus eigenen Maßnahmen des Jugendamtes resultieren. Sie umfassen folgende Maßnahmen:

- 1. Aufwendungen und Erlöse aus dem Verleih der Spielekiste sowie der Anschaffung von Spielgeräten.**
2. „Jugendarbeit im ländlichen Raum“ – umfasst Projekte im Rahmen der Sozialraumorientierung in Kooperation mit freien und kommunalen Trägern (Selbstbehauptungskurse, Partizipationsprojekte, Streetball-Night, Verkehrssicherheitstraining, Rock & Pop Jungsters etc.)
3. Freizeitmaßnahmen der Kreisjugendpflege in Nieder-Wiesen, Koscian und Grüngräbchen
Erträge resultieren aus der Landesförderung und den Teilnehmerbeiträgen.
4. Aufwand für kreiseigene Jugendleiterschulungen einschl. der Landeszuschüsse
5. Anteilige Veranstaltungs- und Transportkosten des Kreisjugendsportfestes in Kooperation mit dem Landkreis Mainz-Bingen, der Stadt Mainz und der Sportjugend Rheinhessen. 50 % der Aufwendungen werden von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Neustadt übernommen.
6. Alle Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Unterhaltung des Zeltplatzes Nieder-Wiesen einschließlich der Nutzungsgebühren sowie Aufwendungen für Ersatzbeschaffung von Materialien und Instandhaltungsmaßnahmen.
7. Zuschüsse zum Bau und Umbau von Jugendräumen in kommunaler und freier Trägerschaft.
Für 2010 liegen zurzeit keine Anträge vor.

Die Maßnahmen der Jugendarbeit waren vorher in den Unterabschnitten 4511, 4512, 4514, 4515 und 4600 kalkuliert.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	25.410	27.410	27.310	27.410
Aufwendungen	32.660	33.760	36.760	34.450
Zu-/Überschuss	-7.250	-6.350	-9.450	-7.040

(ohne Personalkosten)


Produkt 3620
Leistung 36202 Förderung der Jugendarbeit

Die Leistung „Förderung der Jugendarbeit“ umfasst Zuschüsse für Maßnahmen im Bereich der außerschulischen Jugendbildung von kommunalen und freien Trägern.

Im Einzelnen sind dies:

1. Zuschüsse an Verbände, Vereine und öffentliche Träger zu den Anschaffungskosten von Arbeitsmitteln gemäß Kreisrichtlinie (2009 = 9.000 €, 2010 = 8.000 €)
2. Zuschüsse für Freizeitmaßnahmen von freien Trägern gemäß Kreisrichtlinien (2009 = 52.500 €, 2010 = 52.000 €)
3. Förderung der Ferienspiele im Landkreis gemäß Kreisrichtlinien (2009 = 30.000 €, 2010 = 32.000 €)
4. Übernahme von Teilnehmerbeiträgen benachteiligter Kinder und Jugendlicher (2009 = 6.000 €, 2010 = 8.000 €)

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	0	0	0	0
Aufwendungen	97.500	97.500	99.500	100.000
Zu-/Überschuss	-95.500	-97.500	-99.500	-100.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3620
Leistung 36203 Fortbildung Mitarbeiter freier Träger

Die Fortbildungsmaßnahmen freier Träger für ehrenamtliche Gruppenleiter bzw. Freizeithelfer gemäß Kreisrichtlinien (vorher Unterabschnitt 4514)

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	RERG 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	0	0	0	0
Aufwendungen	13.000	13.000	13.000	13.000
Zu-/Überschuss	-13.000	-13.000	-13.000	-13.000

(ohne Personalkosten)



Produkt 3631
Leistung 36311 Jugendsozialarbeit

Die Kommission „Entwicklung der Erziehungshilfen“, bestehend aus Vertretern der kommunalen Spitzenverbände und des Landes, hat sich auf die Einrichtung eines projektbezogenen Innovationstitels verständigt.

Hierbei wird ein kleiner Teil aus dem Gesamtbudget der Kostenerstattung des Landes nach § 26 AGKJHG heraus genommen und für die Förderung präventiver, niederschwelliger und sozial-räumlicher Angebote und Unterstützungsleistungen verwandt, um Hilfen zur Erziehung zu vermeiden.

Angebote und Unterstützungsleistungen werden bis zu einer Höhe von 10.000,- € pro Jugendamt gefördert. Die Modellphase beginnt 2009 und erstreckt sich über 3 Jahre. Nach Ablauf der 3 Jahre soll eine Evaluation der Modellphase erfolgen.

Im Landkreis Alzey-Worms sollen Projekte in Kooperation mit Schulen in Form von Gruppenmaßnahmen durchgeführt werden.

Zielgruppe sind hierbei Schülerinnen und Schüler mit aggressiven Auffälligkeiten, stark dissozialen Verhalten bzw. mit durchgängig und immer wieder stark störenden Verhaltensweisen als Zielgruppe im Fokus.

Die Maßnahmen sind im Vorfeld der Hilfen zur Erziehung angesiedelt.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	0	0	0	10.000
Aufwendungen	0	0	0	10.000
Zu-/Überschuss	0	0	0	0

(ohne Personalkosten)

Produkt 3631
Leistung 36312 Schulsozialarbeit

Entsprechend der Vorgaben des zuständigen Fachministeriums soll ein flächendeckender Ausbau von Schulsozialarbeit an Hauptschulen erfolgen. Das Land stellt hierzu entsprechende Mittel bereit, die jeweils zur Förderung der Personalkosten für eine halbe Stelle pro Schule vorgesehen sind

(jeweils 15.300,- €/Jahr).

Voraussetzung für die Förderung ist die Orientierung an den „Standards für Schulsozialarbeit an Hauptschulen in Rheinland-Pfalz“.

Entsprechend der durch den Kreisausschuss verabschiedeten Ausbauplanung sind ab 01.01.2008 Schulsozialarbeiter in den Haupt-, Grund- und Haupt- und Regionalschulen in Alzey, Osthofen, Eich, Wörrstadt, Flomborn, Flonheim, Flörsheim-Dalsheim und Wöllstein sowie ab 1.1.2009 in Westhofen eingesetzt.



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

Die Erträge resultieren aus der Festbetragsfinanzierung des Landes für Schulsozialarbeit. Die Aufwendungen für die Schulsozialarbeit umfasst Personalkosten und Projektkosten in Form von sozialer Gruppenarbeit sowie Kosten der Erstausrüstung (EDV und Möblierung) Zudem sind in der Leistung auch sozialpädagogische Maßnahmen in Form von Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung, insbesondere für Nachhilfe von Kindern aus betreuten Familien sowie die Projektförderung Aufsuchende Sozialarbeit mit jungen Aussiedlern berücksichtigt.

Kalkulation:

1. Sozialpädagogische Maßnahmen - Förderung der schulischen und beruflichen Ausbildung (insbesondere für Nachhilfe von Kindern aus betreuten Familien)	1.840,00 €
2. Projektförderung Aufsuchende Sozialarbeit mit jungen Aussiedlern	7.160,00 €
3. Schulsozialarbeit an Hauptschule - Projektkosten	<u>27.500,00 €</u>
	36.500,00 €

Die Personalkosten der Schulsozialarbeit betragen 245.000,00 € (Kalkulation durch Personalreferat)

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	RERG 2006	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2010
Erträge	50.900	64.250	137.700	168.300
Aufwendungen	12.092,24	19.000	31.500	36500 (281.500)
Zu-/Überschuss	38.807,76	45.250	106.200	131.800 (-113.200)

(ohne Personalkosten)

Produkt 3631
Leistung 36313 Kinder- und Jugendschutz

Die Leistung umfasst die Herstellung des Jugendkalenders (Auflage ca. 8.000 Exemplare) sowie die Finanzierung von Jugendschutzbroschüren, Elternbriefen und Bezuschussung einzelner Projekte. Erträge ergeben sich aus Einnahmen von Inseraten im Jugendkalender.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	RERG 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	870	725	725	725
Aufwendungen	6.250	6.250	6.250	6.250
Zu-/Überschuss	-5.380	5.525	5.525	5.525

(ohne Personalkosten)



Produkt 5632
Leistung 36321 Beratung zur Erziehung, Partnerschaft und Personensorge

Die Leistung umfasst folgende Bereiche:

1. Beratung in Fragen der Trennung und Scheidung, der Personensorge und des Umgangsrechtes gem. §§ 17 und 18 SGB VIII im Umfang der Personalkosten der Mitarbeiter im Sachgebiet.
 Das Ziel der Beratung ist die Vereinbarung eines einvernehmlichen Konzeptes in Bezug auf Sorge- und Umgangsregelung bei Trennung und Scheidung.
2. Leistungen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz.
 Mit der Neufassung des Landesgesetzes zur Ausführung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und der dazu ergangenen Landesverordnung legt das Land bei der Finanzierung ausschließlich die tatsächlichen Personalkosten einer anerkannten Beratungsstelle zugrunde. Danach ist mindestens eine Vollzeit beschäftigte Beraterin oder ein Vollzeit beschäftigter Berater für je 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner förderungsfähig. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes ergibt sich für den Landkreis Alzey-Worms ein Soll von 3,16 Vollzeitstellen, für die entsprechend der Landesförderung 30 % der durchschnittlichen Fachpersonalkosten und der pauschalierten Sachkosten übernommen werden müssen. Bisher finanzierte der Landkreis lediglich eine Vollzeitstelle der Beratungsstelle des Diakonischen Werkes in Alzey. Ab 01.01.2008 wurde eine entsprechende Vereinbarung mit Pro familia in Mainz im Umfang von 1,04 Stellen getroffen.
 Nach weiteren Vereinbarungen mit dem Diakonischen Werk für die Beratungsstelle Worms und den Caritasverbänden Mainz und Worms für deren Beratungsstellen in Alzey und Worms sind die gesetzlichen Vorgaben nunmehr erfüllt.
3. Im Haushaltsjahr 2008 wurden Mittel gem. dem Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit in dieser Leistung veranschlagt.
 Seit 2009 sind diese als eigene Leistung (36325) ausgewiesen.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	1.030	84.000	1.000	300
Aufwendungen	52.600	92.600	65.000	65.000
Zu-/Überschuss	-51.570	-8.600	-64.000	-64.700

(ohne Personalkosten)



Produkt 3632
Leistung 36323 Betreuung und Versorgung in Notsituationen

Die Leistung umfasst Maßnahmen zur Betreuung und Versorgung von Kindern bei Ausfall des hauptbetreuenden Elternteiles (z. B. Krankenhausaufenthalt).

Kalkuliert ist die Betreuung von 2 Kindern à 230,-- € monatlich. Elternbeiträge werden nicht erhoben.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	0	0	0	0
Aufwendungen	5.000	5.000	5.000	5.000
Zu-/Überschuss	-5.000	-5.000	-5.000	-5.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3632
Leistung 36324 Unterbringung Mutter, Vater, Kind und Erfüllung der Schulpflicht

Die Leistung umfasst Erlöse und Aufwendungen für die Unterbringung von Müttern bzw. Vätern mit ihrem/n Kind/Kindern in einer Einrichtung gem. § 19 SGB VIII. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt stehen keine Maßnahmen an, zumal jugendliche Mütter gemeinsam mit ihren Kindern im Rahmen der Hilfen zur Erziehung gem. § 27 ff. SGB VIII untergebracht werden. Von daher wurden keine Erlöse und Aufwendungen kalkuliert.

Produkt 3632
Leistung 36325 Kinderschutz

Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Kinderschutzgesetz Rheinland-Pfalz).

Die Landesregierung hat zu Beginn des Jahres 2008, das Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit in Kraft gesetzt.

Hintergrund für das neue Gesetz sind zum einen die tragischen Einzelfälle extremer Vernachlässigung und Misshandlungen, zum anderen aber auch eine immer stärker steigende Anzahl von Kindern, denen ein gesundes Aufwachsen und eine gute Förderung ihrer Entwicklung und Entfaltung nicht wie erwünscht möglich ist.

Die Umsetzung des Gesetzes wird durch das Land finanziell gefördert werden. Damit können sowohl personelle Voraussetzungen geschaffen werden als auch konkrete Maßnahmen umgesetzt werden.

Da das neue Kinderschutzgesetz sowohl durch das Gesundheitsamt als auch durch die Jugendhilfe umgesetzt werden muss, wird auf Kreisebene ein gemeinsames Handlungskonzept sowohl in personeller als auch in sachlicher Hinsicht erstellt.



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

Mit dem Haushaltsjahr 2009 wurde eine eigene Leistung (36325) geschaffen. Für das Jahr 2008 wurden Mittel in der Leistung 56321 veranschlagt.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	0	0	45.600	45.000
Aufwendungen	0	0	40.000	40.000
Zu-/Überschuss	0	0	5.600	5.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3633
Leistung 36331 Institutionelle Beratung

Die Leistung umfasst die Sucht- und Drogenberatung sowie die Erziehungsberatung.

Entsprechend einer Vereinbarung mit dem Verein „Jugend gegen Drogen“ werden durch den Landkreis die Personalkosten für die Alzeyer Beratungsstelle sowie die Miet- und Sachkosten abzüglich des Landeszuschusses (ca. 25 % zu den geplanten Personalausgaben) und einem Trägeranteil übernommen. Gefördert werden 2 Fachpersonalstellen.

Kalkulation:

Personalkosten	99.500,-- €
Miete und Sachkosten	<u>22.000,-- €</u>
Gesamtsumme:	121.500,-- €

Die Aufwendungen für die Erziehungsberatung stellen sich wie folgt dar:

Erziehungsberatungsstelle Alzey des Diakonischen Werkes	230.000,-- €
Erziehungsberatungsstelle der Stadt Worms (Pauschale)	15.340,-- €
Ev. Erziehungsberatungsstelle Worms (Abrechnung nach Fällen)	<u>11.000,-- €</u>
Gesamtsumme:	256.340,-- €

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2009
Erträge	43.000	25.000	25.000	25.000
Aufwendungen	358.340	361.840	380.000	380.000
Zu-/Überschuss	-315.340	-336.840	-355.000	-355.000

(ohne Personalkosten)



Produkt 3633
Leistung 36332 Soziale Gruppenarbeit

Soziales Lernen in der Gruppe auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzeptes 10.000,-- €
 Zuschuss zur Spiel- und Lerngruppe Alzey.
 Es werden ca. 14 Kinder in der Gruppe betreut 10.000,-- €
 Gesamtsumme: **20.000,-- €**
 Der Landeszuschuss zu den Maßnahmen beträgt ca. 15 % der Ausgaben.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	4.300	3.400	3.000	3.000
Aufwendungen	20.000	20.000	20.000	20.000
Zu-/Überschuss	-15.700	-16.600	-17.000	-17.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3633
Leistung 36333 Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshelfer

Präventive und alternative Hilfeform im Vorfeld der Heimerziehung.
 Kalkulation 2010 = 850.000,-- € = 78 Kinder/Jugendliche/Volljährige à 900,-- € monatlich
 (Kalkulation 2009 = 960.000,-- € = 68 Kinder/Jugendliche/Volljährige à 1.180,-- € monatlich).
 Der Landeszuschuss beträgt ca. 15 % der Ausgaben.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	133.000	119.000	144.000	127.500
Aufwendungen	700.000	700.000	960.000	850.000
Zu-/Überschuss	-467.000	-581.000	-816.000	-722.500

(ohne Personalkosten)



Produkt 3633
Leistung 36334 Sozialpädagogische Familienhilfe

Präventive und alternative familienorientierte Hilfeform im Vorfeld der Heimerziehung. Seit 01.03.2001 wird die sozialpädagogische Familienhilfe von freien Trägern im Auftrag des Jugendamtes durchgeführt.

Kalkulation 2009 = 1.200.000,-- € = 1.040 Pflegemonate à ca. 1.200,-- €

(Kalkulation 2009 = 1.200.000 € = 1.000 Pflegemonate à ca. 1.200 €)

Der voraussichtliche Landeszuschuss beträgt ca. 15 % der Ausgaben.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	105.000	154.700	180.000	187.500
Aufwendungen	910.000	910.000	1.200.000	1.250.000
Zu-/Überschuss	-805.000	-755.300	1.020.000	1.062.500

(ohne Personalkosten)

Produkt 3633
Leistung 36335 Tagesgruppe

Hilfe zur Erziehung in Form eines teilstationären Gruppenangebotes in einer Einrichtung.

Darüber hinaus kann die Betreuung und Versorgung auch im Rahmen einer qualifizierten Tagespflegestelle (Tagespflege als Hilfe zur Erziehung) durchgeführt werden.

Kalkulation:

1. Tagespflege als Hilfe zur Erziehung
Kalkulation 2010 = zur Zeit keine Maßnahmen

2. Betreuung in einer Gruppe
Kalkulation 2010 = 550.000,-- € = 23 Kinder (275 Pflegemonate) à 2.000,-- € monatlich
(Kalkulation 2009 = 470.000,-- € = 20 Kinder (240 Pflegemonate) à 2.000,-- € monatlich).

Die Erträge resultieren aus Kostenbeiträgen der Eltern sowie einem voraussichtlichen Landeszuschuss in Höhe von 15 % zu den Ausgaben abzüglich von fallbezogenen Erträgen.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	88.500	73.500	73.500	91.500
Aufwendungen	410.000	410.000	470.000	550.000
Zu-/Überschuss	-321.500	-336.500	-396.500	-458.500

(ohne Personalkosten)



Produkt 3633
Leistung 36336 Vollzeitpflege

Die Leistung umfasst sowohl die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien als auch von jungen Volljährigen (vorher Unterabschnitt 4561).

Folgende Fallkonstellationen liegen der Kalkulation zugrunde:

1. Pflegekinder aus dem eigenen Kreisgebiet, Pflegekinder auswärtiger Jugendämter (Ausgaben werden in voller Höhe erstattet) und Volljährige Pflegekinder (vorher Unterabschnitt 4561) sowie Intensivpflege in Verbindung mit einem freien Träger.
 Kalkulation 2010 = 1.100.000,-- € = 80 Pflegekinder à 1.075,-- € monatlich incl. Krankenversicherung und Sonderleistungen
 (Kalkulation 2009 = 1.100.000,-- € = 80 Pflegekinder à 1.075,-- € monatlich)
2. Leistungen an andere Jugendämter für Pflegekinder aus dem eigenen Kreisgebiet
 Kalkulation 2010 = 320.000,-- € = 28 Pflegekinder à 950,-- € monatlich
 Unterschieden wird in Zahlungen an Kreise und Gemeinden

Die Erträge setzen sich aus dem voraussichtlichen Landeszuschuss in Höhe von ca. 15 % zu den geplanten Ausgaben nach Abzug fallbezogener Erträge, Kostenbeiträgen Unterhaltspflichtiger, Waisenrente etc. und Erstattungen anderer Jugendämter zusammen.

In der Leistung beinhaltet sind auch Fortbildungs- und Seminarkosten für Vollzeitpflegebewerber und Pflegeeltern.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	336.500	360.400	389.000	540.000
Aufwendungen	983.500	999.500	1.320.000	1.420.000
Zu-/Überschuss	-647.000	-639.100	-931.000	-880.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3633
Leistung 36337 Heimerziehung

In der Leistung sind sowohl die Heimerziehung für Kinder und Jugendliche (bisher Unterabschnitt 4557) und die Heimerziehung für junge Volljährige (bisher Unterabschnitt 4561) zusammengefasst.

Kalkulation:

Heimerziehung für Kinder, Jugendliche und Volljährige

Kalkulation 2009 = 5.200.000,-- € = 1.425 Monate à 3.650,-- € incl. Krankenversicherung und Sonderleistungen.



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

(Kalkulation 2009 = 4.920.000,-- € = 1405 Monate à 3.500,-- €).

Die Erträge in der Leistung resultieren aus dem Landeszuschuss in Höhe von ca. 15 % zu den geplanten Ausgaben nach Abzug maßnahmenbezogener Einnahmen sowie der Kostenbeiträge Unterhaltspflichtiger, Kindergeld, Waisenrente etc. und Erstattungen anderer Jugendämter im Rahmen von Zuständigkeitswechseln.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	1.449.000	1.514.000	1.394.000	1.450.000
Aufwendungen	4.820.000	4.820.000	4.920.000	5.200.000
Zu-/Überschuss	-3.371.000	-3.306.000	-3.526.000	-3.750.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3635

Leistung 36351 Inobhutnahme, Notaufnahme

Unterbringung von akuten Problemfällen / Inobhutnahme in Pflegefamilien oder Heimen
(Vorhaltekosten, daher in der Höhe kaum kalkulierbar).

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	1.200	1.200	1.200	1.200
Aufwendungen	11.500	11.500	11.500	11.500
Zu-/Überschuss	-10.300	-10.300	-10.300	-10.300

(ohne Personalkosten)


Produkt 3635
Leistung 36352 Ambulante Frühförderung

Die Leistung umfasst im Wesentlichen 2 Bereiche:

1. Schulische Integrationshilfen für Kinder (Legasthenie, Dyskalkulie, Autismus). Zunahme von Einzelintegrationsmaßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen.
Steigende Fallzahlen (z.Z. 17 Fälle mit mtl. ca.1.200 € pro Fall).
2. Frühfördermaßnahmen und Therapieangebote für seelisch behinderte Kinder und Kinder mit hyperkinetischem Problemverhalten.

Erträge resultieren aus dem Landeszuschuss von ca. 15 % zu den geplanten Ausgaben.

Kostenbeiträge Unterhaltspflichtiger werden nicht vereinnahmt.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	51.000	40.000	48.000	67.500
Aufwendungen	235.000	235.000	320.000	460.000
Zu-/Überschuss	-184.000	-195.000	-272.000	-392.500

(ohne Personalkosten)

Produkt 3635
Leistung 36354 Stationäre Leistungen

Die Leistung umfasst Unterbringung von seelisch behinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen in Einrichtungen.

Kalkulation 2010 = 400.000,-- € = 96 Monate à 4.170,-- € incl. Krankenversicherung und Sonderleistungen.

(Kalkulation 2009 = 430.000,-- € = 96 Monate à 4.500,-- €).

Erträge resultieren aus Landeszuschüssen in Höhe von ca. 15 % zu den geplanten Ausgaben nach Abzug maßnahmenspezifischer Einnahmen und Kostenbeiträgen Unterhaltspflichtiger.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	74.000	74.000	88.000	80.000
Aufwendungen	350.000	350.000	430.000	400.000
Zu-/Überschuss	-276.000	-276.000	-342.000	-320.000

(ohne Personalkosten)



Produkt 3636
Leistung 36361 Adoptionsvermittlung

Aufgrund gesetzlicher Regelung ist die Erhebung von Verwaltungsgebühren im Bereich der Auslandsadoptionen möglich. Je nach Aufwand sind dies pro Fall bis zu 1.200,-- €.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	6.000	6.000	6.000	6.000
Aufwendungen	0	0	0	0
Zu-/Überschuss	6.000	6.000	6.000	6.000

(ohne Personalkosten)

Produkt 3650
Leistung 36501 Bedarfsplanung

Für die jährlich vorzunehmende Kindertagesstättenbedarfsplanung ist ein Stellenanteil Jugendhilfeplanung von 0,225 Stellen notwendig. Evtl. notwendige Sachkosten sind für die Jugendhilfeplanung insgesamt in der Leistung 05001 – Führungs- und Leitungsaufgaben kalkuliert.

Produkt 3650
Leistung 36503 Kostenbeteiligung

Die Leistung resultiert aus dem bisherigen Unterabschnitt 4640 – Tageseinrichtungen für Kinder. Dies betrifft Erträge und Aufwendungen sowohl aus dem bisherigen Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt.

Die Leistung umfasst folgende Bereiche:

1. Ausgleich der nicht durch Elternbeiträge und Eigenleistung der Träger gedeckten Personalkosten für Kindergärten und Kinderhorte.
 Im Bezug auf Kindergärten beteiligen sich die im Einzugsbereich der Kindertagesstätte liegenden Gemeinden mit 15 % bzw. 12,5 % der Gesamtpersonalkosten.
 Im Bereich der Kinderhorte beteiligen sich die im Einzugsbereich der Kindertagesstätte liegenden Gemeinden mit 10 % der Gesamtpersonalkosten.
 Erträge resultieren aus dem Landeszuschuss zu den Gesamtpersonalkosten der Kindertagesstätten (7,5 % bzw. 30 % bzw. 32,5 %).
2. Zur Deckung der Mehrkosten, die durch das Landesprogramm „Zukunftschance Kinder“ bei der Betreuung der 2-Jährigen entstehen, zahlt das Land einen Betreuungsbonus für in Kindertagesstätten betreute 2-Jährige, wenn in einer Gebietskörperschaft (Stadt/Verbandsgemeinde) am 31.12. des Jahres mindestens 10 % der dort gemeldeten 2-Jährigen in Kindertagesstätten



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

betreut werden (erstmalig zum Stichtag 31.12.2006). Das Jugendamt erhält in diesem Fall pro 2-jährigem betreuten Kind 385,- € , der Träger 315,- € .

Die Auszahlung des Betreuungsbonus erfolgt an Träger in jenen Gebietskörperschaften, in denen die 10-%-ige Schwelle bei der Betreuung 2-Jähriger überschritten wird.

3. Investive Aufwendungen in Form von Kostenbeteiligungen für den Bau von Kindertagesstätten durch kommunale und freie Träger aus dem bisherigen Vermögenshaushalt sind in der Leistung integriert. Die investiven Aufwendungen sind in der nachfolgenden Tabelle mit dargestellt.
Durch den Ausbau an Angeboten für Kinder unter 3 Jahren sind Investitionen des Landkreises im Jahr 2009 von 632.000 € und 2010 von 653.255 € notwendig..
4. Im Haushaltsjahr 2010 erfolgt die Umsetzung des Konjunkturpaketes II bezüglich der Sanierung von Kindertagesstätten im Landkreis Alzey-Worms. Incl. Darlehensanteil bei kommunalen Trägern werden insgesamt 1.244.790,- € über das Land vereinnahmt und durch die Kreisverwaltung ausgezahlt. Insgesamt sind hiervon 22 Kindertagesstätten betroffen.

Entwicklung der Erträge und Aufwendungen:

	Ansatz 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Erträge	6.803.000	6.846.000	7.280.000	9.033.010
Aufwendungen	14.388.285	14.387.485	15.438.918	18.161.905
Zu-/Überschuss	-6.926.750	-7.541.485	-8.158.918	-9.128.895

Produkt 3650
Leistung 36504 Fachberatung

Die Leistung war bisher im Unterabschnitt 4640 – Tageseinrichtungen für Kinder ausgewiesen.

Sie umfasst Erträge und Aufwendungen für die Bereiche Fortbildung von Kindertagesstättenpersonal sowie Maßnahmen zur Sprachförderung und zum Übergang vom Kindergarten zur Grundschule entsprechend dem Landesprogramm „Zukunftschance Kinder“.

Die Fachberatung führt Fortbildungen für Kindertagesstättenpersonal durch. Die Fortbildungen werden in Kooperation mit der Kreisvolkshochschule durchgeführt, diese vereinnahmt die Kostenbeiträge. Zu den Fortbildungen gewährt das Land auf Antrag Zuschüsse.

In Bezug auf Sprachfördermaßnahmen in Kindertagesstätten und Maßnahmen zum Übergang von der Kindertagesstätte zur Grundschule entsprechend dem Landesprogramm „Zukunftschance Kinder“ übernimmt das Land im Rahmen von Landeszuwendungen die Gesamtkosten. Die gesamte Abwicklung in organisatorischer und finanzieller Hinsicht wird durch die Fachberatung vorgenommen.

Die Personalkosten der Fachberatung werden anteilig durch das Land erstattet (bisher im Unterabschnitt 4070 – Verwaltung der Jugendhilfe veranschlagt).



Investitionen

Für Investitionen wurden im Haushaltsplan 2010 8,8 Mio. € an Auszahlungen und 2,86 Mio. € an Einzahlungen aus Investitionszuwendungen veranschlagt.

Die Investitionsschlüsselzuweisung in Höhe von voraussichtlich 638 T. € wurde, wie bereits in den Vorjahren, zum Ausgleich des Ergebnisplanes herangezogen.

Die Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm 2 wurden bereits bei der Bewilligung der außerplanmäßigen Maßnahmen des Haushaltsjahres 2009 weitgehend als laufender Aufwand und Ertrag verbucht. Lediglich bei den Zuwendungen für die Sanierung der IGS Osthofen wurden Teile als investiv verbucht.

Mit dem Beschluss des Kreisausschuss vom 06.10.2009 und der Vorlage der Planansätze für die Sanierung der Gebäudekomplexe der IGS wurde jetzt festgelegt, dass die

- Sanierung des ehemaligen Realschulgebäudes (Bauteil V) ausschließlich aufwandswirksam ist, Mittel aus dem K II, die verbaut wurden und künftig veranschlagt sind werden nicht als Investition behandelt;
- Sanierung der ehemaligen Goldbergschule (Bauteil I und III) vollständig investiv ist;
- Sanierung des Sporttraktes (Bauteil IV) vollständig investiv ist.
- Unabhängig hiervon ist der Neubau der Mensa ohnehin als Investition zu veranschlagen.

Neue Investitionen, soweit als eigenständige Projekte veranschlagt (siehe Investitionsplan):

Maßnahme	Ansatz 2010	Verpflichtungsermächtigung 2010
21-RökaGTS Erweiterung des Gymnasiums am Römerkastell für eine Ganztagschule	15.000	0
21-ELG-GTS Erweiterung des Elisabeth-Langässer-Gymnasiums für eine Ganztagschule	15.000	0
21-ELG-Men Errichtung eines Mensagebäudes bei dem ELG	1.140.000	4.600.000
21-IGS-GTS Errichtung einer Ganztagschule bei der IGS Osthofen	10.000	0
21-IGS-Men Errichtung eines Mensagebäudes bei der IGS Osthofen	1.800.000	512.000
21-IGS-OBT1 Errichtung IGS Osthofen – ehemalige Goldbergschule	0	3.556.500
21-IGS-OBT4 Errichtung IGS Osthofen – Sport und Schwimmtrakt	11.000	0



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

Maßnahme	Ansatz 2010	Verpflichtungsermächtigung 2010
21-IGS-OBT5 Neueinrichtung und Ausstattung IGS Osthofen – Bauteil V	15.000	0
21-FSG Schulneubau Förderschule Ganzheitliche Betreuung	600.000	0
21-GHSAZ-L Zuweisung an VG-Alzey-Land für Erweiterung GHS Flornborn	31.800	0
21-GSAZ Zuweisung an Stadt Alzey für Erweiterung Nibelungenschule	30.000	0
21-GSOST Zuweisung an Stadt Osthofen für Umbau Seebachschule	35.000	0
21-RSPW Zuweisung VG Westhofen, Realschule Plus	70.000	0
22-Az-Halt Haltestellen Alzeier Gmnasien	2.410.000	0
22-ÖPNV-H Kreisanteil Ausbau S-Bahnhöfe	90.000	664.300
30-ZuwEich Zuweisung an VG Eich Brandschutz	50.000	0
50-KG1 Investitionszuwendungen Kindergärten an Gemeinden	515.000	0
50-KG2 Investitionszuwendungen Kindergärten an den privaten Bereich	107.800	0
60-OFLW Oberflächenentwässerung Kreisstr.	60.000	0
60-K09 K9 Ausbau Mauchenheim - Offenheim	0	580.000
60-K11RW K11 Radweg Alzey-Mauchenheim	25.000	0
60-K12 K12 Lonsheim – Alzey-Heimersheim	350.000	100.000
60-K12RW K12 Radweg Alzey-Heimersheim	375.000	100.000
60-K16RW K16 Radweg	5.000	0
60-K16BÜ K16 OD Armsheim Sicherung Bahnübergang	0	135.000
60-K21 K21 OD Ober-Saulheim	250.000	0
60-K26 K26 Kettenheim BHF/Dautenheim	40.000	0
60-K30 K30 Dittelsheim-Heßloch bis Deponie Framersheim	7.500	0
60-K37 Ortsumgehung Mörstadt	25.000	0
60-K37-Mon K37 Monsheim (Winzergenossenschaft) – Hohen-Sülzen	0	175.000
60-K5/6 K5/K6 OD Wöllstein – Kreisel	100.000	0
Gesamt	8.183.100	10.422.800



Neue Investitionen, die wegen Unterschreitung der Wertgrenze von 50.000 € nicht als eigenständige Projekte veranschlagt sind:

Maßnahme	Ansatz 2010	Verpflichtungsermächtigung 2010
Technikunterstützte Informationsverarbeitung Betrieb Hardware	51.000	0
Technikunterstützte Informationsverarbeitung Betrieb Software	46.400	0
Technikunterstützte Informationsverarbeitung Planung und Betrieb Telekommunikation	36.000	0
Sonstige zentrale Dienste Beschaffung / Logistik	5.000	0
Brandschutz /Gefahrenabwehr Auszahlungen für Sachanlagen - DAU für Alarmierungszwecke - Chemieanzüge, Atemschutzgeräte - Betriebsausstattung Gefahrstoffzug - Betriebsausstattung TEL - Ausstattung im Rahmen Digitalfunk	15.000 60.000 12.000 3.000 10.000	0
Realschule Am alten Schloss, Gau-Odernheim Schulbudget	5.700	0
Realschule Wörrstadt Schulbudget	7.550	0
Gymnasium Am Römerkastell - Auszahlung für Fahrzeuge und Maschinen - Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulbudget	28.000 4.600 8.860	0
Elisabeth-Langgässer-Gymnasium Schulbudget	14.350	0
IGS Osthofen Schulbudget	6.755	0
Gustav-Heinemann-Schulzentrum - Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulbudgets	17.000 12.800	0
Schulzentrum Wörrstadt - Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulbudgets	2.000 10.950	0
Schule im Rotental Schulbudget	2.500	0
Wonnegauschule Osthofen - Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulbudget	3.400 1.690	0
Volkerschule Alzey - Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulbudget	2.500 4.050	0
Berufsbildende Schule Alzey - Betriebs- und Geschäftsausstattung - Schulbudget	40.000 6.650	0



Vorbericht zum Haushaltsplan 2010

Betreuung der Schulen Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.000	0
Förderung Schulbaumaßnahmen anderer Träger	20.000	0
Kreisbildstelle Sachanlagevermögen	5.000	0
Kreismusikschule - Betriebs- und Geschäftsausstattung	30.000	0
Kreisvolkshochschule - Schutzrechte und Lizenzen - Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.000 4.000	0
Büchereiwesen Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.500	0
Tageseinrichtungen für Kinder - Investitionszuwendungen an Gemeinden - Investitionszuwendungen an sonstigen Bereich	17.095 15.000	0
Förderung des Sports - Investitionszuwendungen an Gemeinden - Investitionszuwendungen an sonstigen Bereich	53.000 14.600	50.000
Kreisstraßen	30.000	0
Gesamt	618.950	50.000



Bauunterhalt

Für die Unterhaltung der Gebäude und Außenanlagen sind 1,74 Mio. € veranschlagt. Dies entspricht einer Reduzierung gegenüber dem Planansatz 2009 von 378 T-€.

Im Jahr 2008 wurden von den veranschlagten 1,8 Mio. € nur 671 T-€ verausgabt, mithin nicht verbrauchte Mittel 1,13 Mio. €.

Außerdem sind 3,16 Mio. € Aufwendungen aus dem Konjunkturprogramm 2 separat unter dem Konto 523101 veranschlagt.

Dieser zusätzliche Aufwand korrespondiert mit den Mehrerträgen unter Pos. 2 in Höhe von 2,489 Mio. €.

Die Differenz, der kommunale Eigenanteil, wird zinslos durch das Land vorfinanziert und ist, soweit mit einem Geldeingang im Haushaltsjahr 2010 gerechnet werden kann, im Finanzhaushalt unter Pos. 45 als Einzahlung aus der Aufnahme von Investitionskrediten ausgewiesen.

Konjunkturprogramm 2

Die Bundesregierung hat am 27. Januar 2009 den „Pakt für Beschäftigung und Stabilität“ beschlossen, dieser ist unter dem Schlagwort Konjunkturprogramm 2 bekannt. Dieses Programm umfasst insgesamt ein Volumen von 50 Milliarden EUR, die sich in verschiedenen Einzelmaßnahmen niederschlagen. Der Bundestag hat am 13. Februar 2009, der Bundesrat am 20. Februar 2009 die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen verabschiedet.

Auswirkungen für die kommunalen Gebietskörperschaften ergeben sich primär aus dem Programm „Zukunftsinvestition der Kommunen und Länder“, hier sind insgesamt Mittel in Höhe von 10 Milliarden EUR vorgesehen. Diese werden ergänzt durch Landes- und Gemeindemittel in Höhe von 3,3 Milliarden EUR. Von den Bundesmitteln entfallen insgesamt 6,5 Milliarden EUR auf den Bereich der Bildungsinfrastruktur. Die restlichen Mittel in Höhe von 3,5 Milliarden EUR entfallen auf den Bereich der Infrastruktur.

Gemäß der Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen von Kommunen und Ländern entfallen auf das Land Rheinland-Pfalz Mittel in der Gesamthöhe von 468 Mio. EUR. Unter Berücksichtigung der vom Land und den Kommunen aufzubringenden Finanzierungsanteile von rund 25%, dies entspricht insgesamt ca. 156 Mio. EUR, liegt das zu verteilende Gesamtvolumen in Rheinland-Pfalz bei insgesamt 625 Mio. EUR. Das Land Rheinland-Pfalz hat die Förderung nach den entsprechenden Aufgabengebieten auf die einzelnen Ministerien verteilt.



Bei allen Maßnahmen handelt es sich nicht um Investitionen im Sinne der Doppik.

Diese Maßnahmen sind deshalb als laufender Aufwand und die hierfür eingehenden Zuschüsse des Landes als laufender Ertrag zu buchen, bzw. ab dem Haushaltsplan 2010 zu veranschlagen. Die Aufwendungen sind im Kontenbereich 523 "Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung" zu buchen bzw. ab 2010 zu veranschlagen.

Bei den Erträgen ist zu unterscheiden zwischen dem Anteils des Landes; dieser ist unter 41442 "Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom Land" zu buchen und dem Eigenanteil des Landkreises, der zinslos vom Land vorfinanziert wird. Dieser ist als Kredit unter 69242 "Aufnahme von Krediten für Investitionen vom Land" zu vereinnahmen. Als Investitionskredit deshalb, weil Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm für die Finanzierung nach den Vorgaben des Ministeriums des Innern und für Sport "fiktiv" als Investitionen gelten, unabhängig von den Regeln der Doppik. Dieser Kredit ist ab dem Jahr 2012 vierteljährlich in 16 gleichen Raten zurückzuzahlen und muss deshalb gesondert ausgewiesen werden.

Der Landkreis erhält aus dem Konjunkturprogramm 2 Mittel für:

Maßnahme	Gesamtkosten	Eigenanteil
Realschule am Alten Schloss Gau-Odernheim – Sanierung Schulgebäude	135.000,00 €	27.000,00 €
Integrierte Gesamtschule Osthofen – Sanierung Schulgebäude	1.664.794,00 €	337.579,00 €
Integrierte Gesamtschule Osthofen – Sanierung Lehrschwimmbecken	577.136,00 €	119.583,00 €
Gymnasium am Römerkastell Alzey – Sanierung Schulgebäude	95.000,00 €	19.000,00 €
Hauptschule Wörrstadt – Sanierung Schulgebäude	345.000,00 €	69.000,00 €
Kulturzentrum Alzey – Sanierung Gebäude	303.500,00 €	91.500,00 €
Kulturzentrum Alzey – Ausstattung Seminarräume Volkshochschule	40.800,00 €	8.160,00 €
Gesamt	3.161.230,00 €	671.822,00 €



Die Maßnahmen beim Kulturzentrum werden voraussichtlich noch im Jahr 2009 abgeschlossen. Im Jahr 2012, bei Fälligwerden des Darlehens, kann eine Ablösung durch eine Entnahme aus dem Stiftungskapital der ehemaligen Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms erfolgen. Diese vorhandenen Mittel sind zweckgebunden für die Zwecke der Stiftung bzw. des heutigen Kulturzentrums zu verwenden.

Ertrag des Abfallwirtschaftsbetriebes

Die Erträge aus Sondervermögen wurden im Haushaltsplan 2008 und 2009 noch nicht veranschlagt.

Inzwischen wurde endgültig geklärt, dass ein Eigenbetrieb (Abfallwirtschaftsbetrieb) nicht als Beteiligung, sondern haushaltsmäßig, da ohne eigene Rechtspersönlichkeit, als Teil der Kreisverwaltung zu behandeln ist.

Die jährliche Veränderung des Eigenkapitals des Abfallwirtschaftsbetriebs ist deshalb ergebniswirksam in der Bilanz der Kreisverwaltung darzustellen..

Der voraussichtliche Überschuss des Abfallwirtschaftsbetriebs im Erfolgsplan 2010 ist deshalb mit 700.300 € unter Pos. 21 des Ergebnisplanes veranschlagt (nur ergebnis-, nicht finanzwirksam).

Außerdem ist unter Pos. 6 „Kosterstattungen und Kostenumlagen“ die Erstattung des Abfallwirtschaftsbetriebes für die Inanspruchnahme der zentralen Dienste, Unterbringung, etc. in Höhe von 369.330 € veranschlagt.

Da der Abfallwirtschaftsbetrieb über eine eigene Rechnungslegung verfügt sind die Leistungsverrechnungen im Gegensatz zu denen der Teilhaushalte auch zahlungswirksam.



Kredite, Zinsaufwand

Ausgehend von den momentan veranschlagten Investitionen und dem Saldo der Finanzrechnung sind für verzinsliche Investitionskredite 5,93 Mio. € und für Kredite zur Liquiditätssicherung 13,4 Mio. € erforderlich.

Der Schuldenstand beträgt Stand Dezember 2009:

Investitionskredite	68,9 Mio. €
<u>Kassenkredite</u>	<u>58,4 Mio. €</u>
Gesamt	127,3 Mio. €

Vorbehaltlich der Umschuldung und der Ausführung des Haushalts beträgt der Schuldenstand Ende 2010:

Investitionskredite	73,1 Mio. €
<u>Kassenkredite</u>	<u>71,8 Mio. €</u>
Gesamt	144,9 Mio. €

Zuschreibung des Vermögens der Stiftung für Weiterbildung und Kultur

Unter Pos. 25 ist als außerordentlicher Ertrag der Vermögensübergang der ehemaligen Stiftung für Weiterbildung und Kultur in Höhe von 2,3 Mio. € veranschlagt.

Gleichzeitig ist unter Pos. 26 ein außerordentlicher, nicht zahlungswirksamer Aufwand in Höhe von 1.400.153 € für den Abgang der Beteiligung an der Stiftung im Haushaltsjahr 2010 ausgewiesen.

Nach Ablauf des Sperrjahres am 01.04.2010 geht das dann noch vorhandene Vermögen gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung der Stiftung für Weiterbildung und Kultur im Landkreis Alzey-Worms an den Landkreis über; ist jedoch soweit es steuerfrei gebildet wurde weiterhin für steuerbegünstigte Zwecke zu verwenden.



Ergebnis 2008, 2009, Bilanzkorrekturen

In der Eröffnungsbilanz 2008 betrug der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ 498.538,16 €. Die Kreisverwaltung hatte also ein negatives Eigenkapital zum Stichtag der Eröffnungsbilanz.

Wegen inzwischen vorgenommener Korrekturen der Eröffnungsbilanz (gemäß § 14 Abs. 1 KommDoppik LG in der Schlussbilanz 2008) beträgt die nun ausgewiesene Kapitalrücklage 3.002.172,77 €. Der „Nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag“ wurde ausgebucht. Die Korrekturen der Eröffnungsbilanz werden im Rahmen der Rechnungslegung 2008 als Anlage zur Schlussbilanz 2008 näher erläutert.

Das endgültige Ergebnis 2008 wurde inzwischen festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag 2008 beträgt 6,367 Mio. €. Gegenüber dem Planwert von 12,114 Mio. € ist dies eine Reduzierung des Fehlbetrages um 5,746 Mio. €.

Bei Verrechnung der Kapitalrücklage mit dem Jahresfehlbetrag beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2008 das Eigenkapital -3.365.652,56 €.